

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Zuzahlung der Sozialversicherungsträger zu gesundheitsförderlichen Kinderferienaktionen

GRin. **Potzinger** stellt namens der ÖVP, der Grünen, der KPÖ und der FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Potzinger**: Geschätzter Herr Bürgermeister, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren! Es geht um das Anliegen, dass die Zuzahlung der Sozialversicherungsträger zu gesundheitsförderlichen Kinderferienaktionen wieder aufgenommen wird. Erholungsaufenthalte sind für die Gesundheit unserer Kinder im umfassenden Sinne förderlich: Sie steigern nachweislich ihr körperliches, psychisches und soziales Wohlbefinden. Spiel, Spaß und kreative Bewegung in neuer Umgebung tragen wesentlich dazu bei, unsere Kinder "stark zu machen".

Die Stadt Graz unterstützt in vorbildlicher Weise Kinder, deren Familien auf Grund ihrer Einkommenssituation die Teilnahme sonst nicht finanzieren könnten. Leider haben die Sozialversicherungsträger in den letzten Jahren ihre Zuzahlungen eingestellt und negieren damit den großen gesundheitlichen Stellenwert der Kindererholungsaktionen.

Im Gemeinderatsausschuss für Kinder, Jugendliche, Familie und Sport wurde auch in der letzten Sitzung vom 23. Februar dieses Jahres dieser Missstand, der schon vorher mehrmals angesprochen wurde, ich erinnere auch an einen Antrag der KPÖ, abermals thematisiert. Die VertreterInnen der oben genannten Fraktionen appellieren dringend an die Verantwortlichen der Sozialversicherungsträger, aufgrund des nachgewiesenen hohen gesundheitlichen Stellenwertes von Kindererholungsaufenthalten dieses wertvolle Angebot durch entsprechende Zuzahlungen für alle Kinder zugänglich zu machen.

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass an alle Sozialversicherungsträger der dringende Appell gerichtet wird, in Wahrung ihrer gesundheitspolitischen Verantwortung Kinderferienaktionen finanziell zu unterstützen mit dem Ziel, dass Kinder nicht aufgrund der Einkommenssituation ihrer Familie von diesen Angeboten ausgeschlossen sind. Ich ersuche um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Dringlichkeit brauchen wir gar nicht mehr abstimmen, hat es ja eine mehrheitliche Antragstellung gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Bergmann** zum Antrag: Ich möchte es mir nicht verkneifen, Sissi danke zu sagen für diesen Antrag. Es ist mir immer ein besonderes Anliegen gewesen, weil ich über 20 Jahre in diesem Bereich auch gearbeitet habe und im Jahr 2000 auch den Kampf aller Organisationen und auch vieler Eltern von Ferienkindern miterlebt habe, als diese Zuschüsse von den Krankenkassen abgeschafft wurden. Und es hat damals einen sehr großen Einbruch in der Kinderanzahl gegeben, die danach diese Ferienaktionen auch nutzen haben können und deswegen begrüße ich diesen Antrag und wir werden das natürlich wirklich tatkräftig unterstützen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Danke, ich ersuche um möglichst breite Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

2) Integrationskonzept für die Stadt Graz

GRin. Dr. **Kanik-Richter** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Dr. **Kanik-Richter**: Leider Integrationsreferent ist nicht da. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Schaffung eines eigenen Integrationsreferates und dessen Eingliederung in den Verantwortungsbereich des Bürgermeisters waren, was Maßnahmen für die Integration anbelangt, doch einigermaßen große Erwartungen verknüpft gewesen: Hatte man doch davon ausgehen können, dass damit Integration zur Chefsache erklärt ist und der Bürgermeister seine Koordinierungskompetenz nutzen werde, integrative Maßnahmen ressortübergreifend voranzutreiben.

Die Realität sieht leider anders – und sie stellt dem politischen Verantwortungsträger, dem Integrationsreferenten, kein gutes Zeugnis aus, ganz im Gegenteil. Wobei ich die MitarbeiterInnen des Integrationsreferats aus dieser Kritik ausdrücklich ausnehme - es wird engagierte Arbeit geleistet. Aber, um den Falter vom 19. Februar dieses Jahres zu zitieren: „Mit 500.000 Euro Integrationsbudget macht man eben keine großen Sprünge.“

Aber es geht ja nicht um das nun wirklich bescheidene Integrationsbudget selbst. Es geht vielmehr darum, dass das Thema Integration nicht auf ein städtisches Referat beschränkt sein darf, sondern dass es insgesamt einer Integrationsstrategie bedarf. Doch eine solche Strategie, und auch darin muss man dem „Falter“ recht geben, existiert nicht.

Nach wie vor, nein, intensiver noch als vor einigen Jahren, sind unsere zugewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger auf ganz wenige Stadtviertel konzentriert, weswegen man leider mit Fug und Recht von einer Ghettobildung reden muss. Nach wie vor gibt es einige wenige Pflichtschulen mit einem unverhältnismäßig großen Anteil von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache - doch darauf, dass an diesen Schulen unter anderen Voraussetzungen gearbeitet werden muss, wird nicht reagiert; dass hier etwa nicht solche potenten Elternvereine helfend zur Seite stehen, wird etwa auch bei der Verteilung der sogenannten

schulautonomen Mittel, die durchaus auch ein unterstützendes Steuerungselement wären, nicht reagiert.

Schlimmer noch: Mittlerweile bereitet diese Konzentration auch in den Kindergärten in den betreffenden Viertel allergrößte Sorgen.

Jetzt reflexartig von Bund und Land für Schulen und Kindergärten zusätzliche PädagogInnen einzufordern, ist zuwenig: Die Aufarbeitung von Sprachdefiziten kann ja wohl nur Teil einer Integrationsstrategie sein, das für das Allheilmittel zu sehen, ist kurzsichtig, ist oberflächlich. Um die viel zitierte Ghettoisierung aufzubrechen, bedarf es weitreichenderer Maßnahmen - zum Beispiel auch im Bereich der Stadtplanung, in der Wohnungspolitik, in Sachen Parks und Grünraum, im Sport- und Freizeitbereich. Das alles vermisste ich - eine Integrationsstrategie, die diesen Namen verdient, in die alle relevanten Magistratsabteilungen und die zuständigen Ressortverantwortlichen eingebunden sind, ist uns der Integrationsreferent bis dato schuldig geblieben.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird in seiner Funktion als Integrationsreferent beauftragt, dem Gemeinderat bis Mai 2010 gemäß Motivenbericht ein umfassendes „Integrationskonzept der Stadt Graz“ vorzulegen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Stadtregerung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Nuray! Ich danke dir, dass du den Antrag eingebracht hast, er zeigt etwas auf, was dringend notwendig ist. Dass es ein Integrationsleitbild geben muss und dass es eine Strategie geben muss. Nichtsdestotrotz sind in den letzten zwei Jahren doch einige Maßnahmen gesetzt worden, einzelne, die nicht irrelevant sind. Also ich denke jetzt nur an die Schulsozialarbeit, auf die ich sehr stolz bin, dass wir sie heute haben und die wirklich auch sehr, sehr gut angenommen wird. Es ist eine Tatsache, dass das Land gerade

dabei ist, ein Leitbild zu erstellen und dass die ÖVP und die Grünen beschlossen haben, bei diesem Leitbildprozess mitzumachen und wesentliche Bereiche aus diesem Leitbild dann auch zu übernehmen und zu verifizieren für unsere Stadt. Der Leitbildprozess ist im April angeschlossen, wird im Mai, so ist der Fahrplan, wird im Mai vorgestellt und wir haben uns aber verständigt, dass im Herbst das Leitbild, Integrationsleitbild der Stadt Graz vorgelegt wird und natürlich muss es auch eine Strategie geben. Und so richtig das ist, was du forderst, Nuray, gehen mit der Dringlichkeit mit, weil es dringlich ist, aber wir werden inhaltlich nicht mitgehen, weil dieser Prozess läuft.

GR. **Sippel**: Werte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich meine, dass die Suppe dieses Antrages relativ dünn ist, das weiß, glaube ich, die Antragstellerin selbst, dennoch hat sie ja sicher ein Thema aufgegriffen und auch die Intention dieses Antrages hier dargelegt und ich glaube, wir können zu diesem Schluss kommen, dass es sich um ein Thema handelt, das man auch weiter vorantreiben sollte. Die konkreten Vorhaben fehlen in diesem Antrag, bei den Maßnahmen bei den einzelnen wird man sich noch in der einen oder anderen Diskussion wiedertreffen. Da sind wir als Freiheitliche sicher auch anderer Meinung in vielen Bereichen, ob es jetzt klug ist, wirklich einzig und allein den Herrn Bürgermeister dazu zu beauftragen, ein Leitbild oder ein Konzept hinsichtlich Integration für diese Stadt zu erstellen, das sei dahingestellt. Ich glaube, da gehören sicher auch noch andere Stellen eingebunden, um das Ganze auch dann vernünftig voranzutreiben. Ich glaube, was es bedarf hinsichtlich einer Integrationsstrategie, das ist seitens der FPÖ doch klar, ich glaube, man sollte das Problem auch der Wurzel packen und nicht immer herumdoktern und einzelne Symptome bekämpfen, und bei der Wurzel packen das heißt, dass wir einmal in dieser Stadt einen vollkommenen Zuwanderungsstopp brauchen. Ich glaube, das ist einmal mit Sicherheit etwas, was eintreffen muss und wir sollten endlich einmal auch den Mut haben, endlich die Unterscheidung zu treffen zwischen Zuwanderern, die integrationswillig und integrationsfähig sind und solchen, die integrationsunfähig und integrationsunwillig sind. Ich glaube, diese Unterscheidung sollte man treffen, diejenigen, die sich hier integrieren möchten, die sich integrieren können, die sollen auch die volle Unterstützung erhalten. Ich denke

hier an Sprachförderung in verschiedensten Bereichen, wir werden dann im Anschluss auch noch hier einen Antrag, ich glaube eh von Ihnen, Frau Binder, hören, was Sprachförderung in den Kindergärten betrifft, hier kann man ansetzen bei denen, die integrationsfähig und integrationswillig sind, die die sich verweigern, hier in einen Integrationsprozess einzutreten, denen soll man aber auch klipp und klar sagen, dass sie hier bei uns in dieser Stadt unerwünscht sind und die sollte man auch aus der sozialen Hängematte, in der sie sich vielfach befinden, ausklinken (*Applaus FPÖ*) und ich glaube, Integration kann auch nur effektiv möglich sein, wenn man hier es nicht zulässt, dass es zu einem finanziell gesehen Fass ohne Boden wird. Ich glaube, diese 500.000 Euro, die schon hier heute einmal erwähnt worden sind, Integrationsbudget, das ist ja nur die eine Seite, die andere Seite ist, dass für Integration die Stadt Graz, glaube ich, genug Geld ausgibt, es sind hier viele, viele weitere direkte und indirekte Subventionen, Förderungen von Vereinen und Projekten, die mit Integration zu tun haben und ich glaube, das was entscheidend ist, ist hier Effektivität und nicht Herumdoktern und irgendwelche Symptömchen, die hier auftreten, bekämpfen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Hoher Gemeinderat, liebe Nuray! Grundsätzlich weiß ich, dass du dein Engagement für die MigrantInnen natürlich ernst nimmst und ehrlich bist und du auch sehr bemüht bist, gerade über ISOP den Menschen, die uns zu neu kommen, auch zu helfen, hier einen Start hinzulegen, sodass sie möglichst bald auch auf eigenen Füßen stehen. Das Integrationsreferat könnte tatsächlich auch personell größer sein, das ist so, aber wir haben eine sehr engagierte Integrationsreferentin und vor allem auch sehr engagierte NGOs. Von denen sind ISOP, Zebra, Caritas, Danaida, Jukus in der Ingetrationsplattform zur Erarbeitung eines steirischen Leitbildes vertreten sowie Mag. Snobe vom AMS, Mag. Schwarz von der Wirtschaftskammer, Mag. Kaufmann von der Arbeiterkammer und der Sicherheitsdirektor Josef Klamminger. Das heißt, wir haben, da Graz doch zur Steiermark dazugehört und glaube ich, kein unerheblicher Teil der Steiermark ist, gerade, wenn es um das Thema Integration und Migranten geht, weil der größte Teil der Migranten ja in Graz lebt, haben wir beschlossen, nicht zu dem vom damals Landesrat Flecker eingeleiteten 400.000 Euro teuren Leitbildprozess einen eigenen

Leitbildprozess zu installieren, sondern zu schauen, was ist Landessache, und du hast selbst in deinem Motivenbericht ja geschrieben, wir können uns vieles wünschen in einem Leitbildprozess, Faktum ist, dass wir schauen müssen, dass wir beim Land und letztlich auch beim Bund durchkommen und dass auch auf diesen Ebenen das Thema Integration endlich eine Rolle spielt. Weil die Forderungen, das klingt alles schön und ich habe das jetzt erfreut gehört, dass es für Deutschkurse in Zukunft eine Zustimmung geben wird von der FPÖ, bisher sind alle, im Stadtsenat sind alle, auch gegen Deutschkurse habt ihr gestimmt, ihr habt gestern und heute im Gemeinderat dagegen gestimmt, dass wir uns über die Mitgrantinnenschiene von der EU 300.000 Euro abholen und damit 40 % ÖsterreicherInnen eine Chance wieder geben, in den Arbeitsmarkt einzusteigen, nur weil das Wort Migrant vorgekommen ist. Aber ich höre es erfreut, dass ihr in Zukunft dem zustimmen werdet. Für uns ist es so, dass dieser Leitbildprozess des Landes abgeschlossen werden muss, es ist aus unserer Sicht keine Dringlichkeit gegeben, weil für uns der Fahrplan ganz klar ist, der Leitbildprozess des Landes ist abgeschlossen und wir werden dann im Herbst ein eigenes Leitbild daraus ableiten, das auch noch heuer dem Gemeinderat vorgelegt wird zur Diskussion. Und im Übrigen darf ich sagen, die eine Sicht ist, wie man sich Innen fühlt und dass man das Gefühl hat, immer mehr tun zu können, von außen bekommt die Stadt Graz, was das Thema Integration und die Projekte betrifft, sehr gute Noten und wenn auch inzwischen auch von deinem Verein, durchaus sehr positiv gesehen in unseren Bemühungen etwas umzusetzen, Deutschkurse, Lern-Cafes, Dolmetschdienste etc. ich würde glauben, dass man da auf keinem schlechten Weg sind, den wir auch gemeinsam so weitergehen sollten wie bisher. Deshalb sind wir, nicht weil wir grundsätzlich dein Anliegen nicht verstehen, sondern weil wir glauben, dass das passiert, gegen die Dringlichkeit und werden dem Antrag auch nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Kanik-Richter**: Ich weiß, dass das Land ein Leitbild macht und dieses geht weiter, weil ich selbst beteiligt bin. Ich bin auch selbst in einem Arbeitskreis, Thomas, du hast alle gezählt, ich kenne auch alle und wir haben inzwischen auch einen Zwischenbericht bekommen. Aber es geht nicht um das Land, wir haben seit 7 Jahren Integrationsreferent und bis jetzt haben wir kein Wort über das

Integrationskonzept gehört, ich vermisse das in der Stadt, deswegen haben wir den Antrag gestellt. Wenn ihr auch, Sigi, du hast gesagt, ihr habt ausgemacht mit der ÖVP und Grünen, wenn ihr mit uns nicht kommuniziert und wenn ihr uns nicht sagt, woher sollen wir wissen, dass ihr auf das Leitbild vom Land wartet, deswegen soll die Information nicht selbst behalten unter zwei Parteien, sondern ihr sollt den ganzen Gemeinderat informieren, dass es in diese Richtung gehen soll. Ich weiß, dass das Integrationsreferat sehr gut arbeitet, ich lehne es nicht ab, ich habe auch im Antrag geschrieben, aber ich habe das Gefühl, dass sie total allein gelassen sind (*Applaus SPÖ*). Sie arbeiten mit Minipersonal und ein Budget, das letztes Mal ein bisschen mehr geworden ist. Deswegen gratuliere ich dem Integrationsreferat in diese Richtung, dass es so gute Arbeit leistet. Ich muss zum Kollegen Sippel sagen, der Inhalt ist zu dünn, hat er gesagt, wir haben absichtlich so allgemein geschrieben, wenn wir in Details gehen, es gibt so viele Sachen zu schreiben, wir wollen ein Konzept haben, das für die Menschenrechtsstadt passend ist. Wir erwähnen immer, dass wir eine Menschenrechtsstadt sind, aber wir haben ein Konzept, das wir alle lesen können. Ich fahre ständig mit Bus und Straßenbahn und als Migrantin spüre ich diese negative Stimmung unter den Österreicherinnen und Österreichern, Sie sind selbst nicht konfrontiert, vielleicht die Wahrnehmung ist nicht groß, aber es herrscht unter den Bürgern der Stadt Graz eine sehr negative Klima. Davon müssen wir weggehen, deswegen brauchen wir ein klares Konzept. Ich muss ehrlich sagen, die Wertschätzung vom Herrn Bürgermeister, gerade nicht gesehen, dieser Antrag war für ihn und er hat nicht gehört, er ist gerade gekommen und ich glaube, dieses Thema ist auch für ihn so wichtig, dass er nicht mithört. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.55 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

StRin. **Edlinger** zum Antrag: Thomas du hast gesagt, das Integrationsreferat könnte personell größer sein. Also sei mir nicht böse, das ist euer Ressort, im März letzten Jahres, wenn ich mich richtig erinnere, ist der zweite Referent ausgeschieden, der wurde nicht nachbesetzt, das ist jetzt ein Jahr her und das hat die Nuray genau richtig gesagt. In Wirklichkeit, die Leute, die dort arbeiten, nämlich die Brigitte und die Mitarbeiterin, die dahaspeln sich, die versuchen, ihr Bestes zu geben, nur wenn ich dort eine Referentin und eine Mitarbeiterin in der Administration habe, jetzt erkläre mir einmal in der zweitgrößten Stadt Österreichs, wie das funktionieren soll. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit, hier wirklich in einem der zentralen Lebensthemen in dieser Stadt, weil es geht ums friedliche Zusammenleben, es geht um die Zukunftschancen der Kinder, aller Kinder, das sind wesentliche Voraussetzungen, die es hier zu schaffen gilt, wenn ich hier einfach zuschauen, untätig zuschauen einer personellen Unterbesetzung, dann ist das fahrlässig in meinen Augen. Auf die Zukunft und auf lange Frist gesehen ist das einfach fahrlässig, weil da werden menschliche Chancen verhindert. Aber es ist nichts Neues, weil auch auf das können wir uns erinnern, 2003 wurde damals das erste Mal eine Zuständigkeit für Integrationsbelange auf Stadtregerungsebene verankert, der Bürgermeister Nagl war damals erstmals fix als Integrationsreferent zuständig, damals ist im Arbeitsübereinkommen zwischen SPÖ und ÖVP gestanden Einrichtung eines Integrationsreferates, das hat zwei Jahre lang gedauert, bis überhaupt einmal ein Integrationsreferat gekommen ist. Dann hat es wieder ewig gedauert, weil es war von vorneherein vereinbart, dass zwei Referenten dort zumindest am Start bereits sein sollen. Dann hat es ewig gedauert, bis der Zweite gekommen ist, also genau mit diesem mangelnden Engagement ist ja von Anfang an in Wirklichkeit an diese Sache herangegangen worden. Was nicht schmälert die Verdienste der Mitarbeiterinnen, die jetzt im Referat sind, weil die sieht man überall, die versuchen alles und was auch nicht schmälert das Engagement und den Einsatz der vielen Vereine, die wir in diesem Bereich haben, weil ohne die wäre die Stadt sowieso schon aufgeschmissen. Nur Tatsache ist, wenn es hier herinnen in diesem Haus einfach nicht einen Beschluss gibt, wo man außer Streit stellt gewisse Fragen, was ist für uns Integration, wie stellen wir uns das vor und welche Maßnahmen brauchen wir vorrangig, um den Frieden in dieser Stadt und ein gedeihliches Miteinander und einfach auch die Zukunft für alle Menschen und eine gute Zukunft für alle Menschen zu gewähren, wenn wir dieses Übereinkommen hier nicht erzielen, sprich ein

Integrationsleitbild haben, dann werden wir auf ewig und immer in dieser Streitdiskussion bleiben, wenn es um einzelne Maßnahmen und einzelne Punkte geht. In Wirklichkeit hätten wir jetzt schon sieben Jahre dazu Zeit gehabt, aber wenn hier es an Engagement mangelt, nämlich seitens der politischen Zielvorgaben, dann ist eben der Punkt, den wir jetzt haben, dass wir hinterherhinken, jetzt habt ihr halt die Ausrede, ihr wartet jetzt auf das, was das Land macht im Oktober, oder im Dezember gibt es dann vielleicht eine andere neue Ausrede, aber in Wirklichkeit ist das das, was Integrationsförderung verhindert (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Damit die Frau Gemeinderätin nicht Sorge haben muss, dass ich mich bei diesem Thema nicht zu Wort melde. Ich bin mit der Frau Stadträtin einer Meinung, dass gerade das Thema der Integration im urbanen Raum, in den Städten vor allem Europas, aber wahrscheinlich der ganzen Welt das bestimmende Thema sein wird. Und wir haben uns nicht erst im Jahr 2003, sondern auch schon vorher darauf verstanden, dass es auch immer eine Angelegenheit sein muss, die auf Grund der Koordination über alle Lebensbereiche und auch über alle Stadtsenatsbereiche durchaus beim Bürgermeister angesiedelt sein soll und das war es de facto auch bei meinem Vorgänger Alfred Stingl schon. Wir haben den NGOs und vielen einzelnen Persönlichkeiten, Institutionen, auch der Kirche danke zu sagen, dass sie das Thema der Integration viel, viel früher als die Politik aufgenommen haben und auch in unserer Stadt Graz dafür gesorgt haben, auch durch Zuzahlung von Bund, Land, aber vor allem Land und Stadt, dass wir hier mit Einrichtungen begonnen haben, die wir uns heute gar nicht mehr wegdenken können. Ich ärgere mich schon ein wenig darüber, wenn heute da so quasi gesagt wird, da gibt es so viele Versäumnisse. Im Jahr 2003 haben wir begonnen, und wir haben heute ein Budget von über 500.000 Euro zusätzlich, die es überhaupt nicht gegeben hat, als ich gekommen bin und angetreten bin, da waren nämlich die Mittel so wie heute auch noch bei den unterschiedlichen Stadtsenatsreferenten. Ich kann mich gut erinnern, wie groß der Aufstand zu Beginn war, wie ich gesagt habe, es wäre einmal vielleicht gut, wenn wir all diese Mittel zumindest zusammenführen, wir werden eh nicht gleich eine große Abteilung daraus machen müssen, aber vielleicht wird das eines Tages sogar sehr vernünftig sein. Wir arbeiten in einem Integrationsreferat und in diesem

Integrationsreferat haben wir eine Frau Brigitte Köksal, auf die wir alle einmal stolz sein dürfen, weil diese Frau arbeitet wirklich mehr als über alle Maßen hinaus, die man eigentlich von einer Mitarbeiterin verlangen darf (*allgemeiner Applaus*), und die Frau Köksal ist zu mir gekommen und hat mir mitgeteilt, und das betrifft jetzt die Personalfrage, dass sie ganz gerne diesen Dienstposten einsparen möchte, weil sie auch diese Mittel den NGOs und den Vereinen zur Verfügung stellen will, weil sie sagt, die Verwaltung ist das eine, aber das, was wir in der Stadt dringend brauchen, ist das andere. Wir haben in der Stadt Graz viele, viele hochinteressante Projekte mittlerweile, die wir unterstützen, ich arbeite zusammen mit der Frau Gemeinderätin Binder und mit Herrn Gemeinderat Rajakovics permanent, diese Situation auch weiter noch zu verbessern, ich ärgere mich fürchterlich, wenn ich daran denke, dass wir gerade in der Frage der Integration auch mit dem Land Steiermark, und da darf ich bitten vielleicht auch die Kollegin Grossmann, die jetzt wieder dafür zuständig geworden ist, da hat es ja auch immer wieder Ressortwechsel gegeben, dass wir im Land Steiermark kein Verständnis dafür bekommen, dass gerade in der Stadt Graz die Integrationsprobleme anders zu sehen sind als auf dem Land draußen (*Applaus ÖVP*). Wir haben einfach eine höhere Dichte und wir brauchen vor allem eine Unterstützung im Schul- und im Kindergartenbereich, das ist das wichtigste Thema, wir brauchen Integrationsassistentinnen und -assistenten für unsere Pädagoginnen und Pädagogen, denen wächst die Arbeit über den Kopf, die können bald nimmer und sie wissen oft nicht einmal, wie sie die Kinder ansprechen sollen (*Applaus ÖVP*). Deswegen habe ich heute auch nicht verstanden, wieso europäische Mittel, bitte in Richtung FPÖ auch, europäische Mitteln, die abzuholen sind, einfach nicht abgeholt werden sollen, damit Menschen in dieser Stadt Deutsch lernen und ich sage noch einmal, was bedeutet Integration für mich. In erster Linie Deutsch lernen, in zweiter Linie, und das ist mir auch wichtig, arbeiten dürfen, wir müssen den Menschen, ich werde da nicht müde, die Menschen müssen sofort einen Sinn in ihrem Leben bekommen und eine Chance bekommen und das findet in diesem Land und in dieser Stadt leider auch nicht so statt, aber das liegt über uns, da können andere Gebietskörperschaften vielleicht Beschlüsse fassen, und letzten Endes bedeutet Integrationsarbeit für mich Bildungsarbeit und die haben wir zu unterstützen so gut wir können. Jetzt läuft parallel ein Prozess im Land Steiermark, ich kann gerne auch noch einmal dieselben NGOs zu uns holen, aber es kostet alles Geld und ich denke, dass das, was auch von Seiten des Landes hier gemacht wird, im Übrigen unter

starker Beteiligung der Stadt Graz, zu guten Ergebnissen führen wird im Mai, wir werden im Herbst dann auch tatsächlich fertig sein und einen Gesamtplan für die Zukunft aufstellen. Ich hoffe, dass es mir gelingt, das Wellcome-House zustande zu bringen, wo Menschen hingehen und wirklich das Gefühl haben, wo anzukommen, wo ich aufgenommen werde und wo man mir weiterhilft in meinen Problemen, die Wellcome-Mappe, an der arbeiten wir auch, das ist auch ein ganz wichtiger Punkt. Im heurigen Jahr wollen wir zumindest die Kleinbroschüre schaffen, weil wir die Gelder in der Form gar nicht haben, jetzt höre ich auf, weil ich die Zeit überzogen haben und das sollte ich eigentlich nicht, das ist Integration (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Also ich werde, wenn ich dir zuhöre, den Eindruck nicht los, dass du da einem großen Missverständnis unterliegst, weil ganz offensichtlich verwechselst du die Arbeit, die tatsächlich hervorragend ist und für die wir uns nicht genug bedanken können, der NGOs mit deinen persönlichen Aufgabenstellungen als zuständiger Referent in der Stadt Graz (*Applaus SPÖ*). Sich darauf auszureden, dass andere gut arbeiten, ist ein Hinweis, dass man da selber offenbar was versäumt hat. Der Umstand, dass das Integrationsreferat nicht ausreichend personell besetzt ist, ist mehr als belegt. Ich verstehe überhaupt nicht, wenn du ohnehin die Linie des Landes kritisieren möchtest, Herr Bürgermeister, ich warte gerne, bis ihr fertig geredet habt, ich hätte gerne, dass er zuhört, weil das versucht er ja immer wieder zu vermeiden, unser Herr Bürgermeister. Also bitte hör zu. Ich hätte doch sehr gerne gewusst, warum du auf das Ergebnis der Arbeit im Land Steiermark wartest, wenn du es gleichzeitig schon kritisierst, was es da an Personalwechseln gibst und du angeblich zu wenig Verständnis auf Landesebene bekommst, wenn du dort ohnehin nichts erwartest. Die Wahrheit ist doch, dass ein politisches Konzept der Stadt Graz für Integrationsfragen dringend notwendig ist, das nicht nur damit zu tun hat, was die einzelnen NGOs an Beiträgen bereits leisten oder Vorstellungen haben, wir haben in Graz, jetzt reden sie schon wieder miteinander, wir haben in Graz das massive Problem, vor allem der Grazerinnen und Grazer, im Umgang mit Menschen, die neu nach Graz kommen und das ist eine große Sorge, weil das zu Aggressionen, weil das zu Widersprüchen, weil das zu sozialen Schwierigkeiten führt, ständig dazu führt.

Es ist also mehr als eine Broschüre gefragt, es ist mehr als ein Wellcome-House gefragt, es ist gefragt, welche politischen Maßnahmen...

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Ist eh gleich aus.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ok, wir können uns gegenseitig so in Zukunft obstruieren, dass man ständig irgendwie dazwischenreden, ist vielleicht auch ein ganz netter neuer politischer Stil unter den Kolleginnen und Kollegen. Also ich werde jetzt diese Zeit noch anfügen, um meinen Satz auch zu beenden, auch wenn euch das stört. In Wirklichkeit ist der Bürgermeister seit Jahren in dieser Arbeit säumig...

Zwischenruf GRin. Potzinger: Stimmt nicht.

StR. Mag. Dr. **Riedler**: ...und es ist daher dringend notwendig, dass er in absehbarer Zeit ein Konzept für seine politische Arbeit in der, da hat er Recht, da bin ich mit ihm einer Meinung, in der wesentlichen Frage, die die Menschen in dieser Stadt bewegt, abgeliefert, daher bitte ich alle, die das ernst nehmen und ernst nehmen wollen, um Zustimmung zu diesem Antrag der Gemeinderätin Nuray Kanik-Richter, die selber am besten weiß, wie schwierig diese Arbeit in Wirklichkeit ist, die sie leistet und die die NGOs leisten (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe früher vergessen zu erwähnen, dass es so etwas wie Schulsozialarbeit gibt, wo wir relativ wenig Unterstützung bekommen, dass wir Stadtteilarbeit betreiben, auch ganz, ganz wichtig, wo wir noch immer allein gelassen

werden und ich denke mir, dass die Konzepte das eine sind, und da freue ich mich, dass das Land Steiermark an einem solchen arbeitet, aber dass tatsächlich die Geldflüsse auch notwendig sind, und wenn ich höre, dass wir in der Schulsozialarbeit Unterstützung bekommen wie Bruck, dann denke ich mir, sollte das durchaus einmal auch zu den sozialdemokratischen Landesvertretern durchdringen und ihr vielleicht auch einen Beitrag dazu leisten, dass das ein bisschen anders gesehen wird, auch in Zukunft (*Applaus ÖVP*).

GRin. Dr. **Kanik-Richter**: Ich bitte auch, wie Wolfgang gesagt hat, um Zustimmung, weil das ein extrem wichtiger Antrag ist. Herr Bürgermeister hat es gesagt, Bildung ist extrem wichtig, ich finde auch sehr, sehr wichtig, nicht nur für die Migranten/Migrantinnen, sondern für die Einheimischen. Wenn sie keine Eskalation wie in Frankreich haben möchte unter den Jugendlichen, Sie müssen jetzt irgendetwas investieren für Präventivarbeit, dass wir keine Zustände wie in Frankreich oder in Italien, was passiert ist, bekommen. Ich kenne alle Projekte, die in der Stadt Graz laufen, Schulsozialarbeit war schon vor zehn Jahren, das ist nicht neu erfunden, aber vorher wurde es nicht mehr finanziert, jetzt nicht in Ihrer, sondern in einem andren Ressort unterstützt und funktioniert nicht schlecht, aber nicht flächendeckend, sondern in bestimmten Schulen. Natürlich Bruck an der Mur will auch haben.

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wir können nur Pilotprojekte machen.

GRin. Dr. **Kanik-Richter**: Ich will nicht, dass die Sachen zu Land oder Bund geschoben werden, ich will nur von Stadt Graz, wir sind hier im Gemeinderat und wir wollen, ich kann fordern, weil zuständiger Referent kann vom Land oder Bund fordern, ich fordere von ihm und er kann von den anderen fordern, das ist die Sache. NGOs arbeiten wirklich sehr, sehr gut, das kann man nicht verneinen, kann man

auch nicht sagen, dass in Stadt Graz nicht funktioniert oder es geht nicht weiter. Es geht weiter, aber wenn ich die die Homepage von Stadt Graz öffne, ich würde gerne als Menschenrechtsstadt ein Leitbild für die Integration sehen, Sie haben heute die Zahlen von der Bevölkerung verteilt, die Statistiken. Wir haben 40.000 Personen mit Migrationshintergrund, das macht zirka 15 %, und diese 15 % plus Inländer brauchen bestimmte konkrete Maßnahmen, soll man nicht so leere Worte, kann man reden ständig schwammig, schön machen, aber wir wollen konkrete Maßnahmen und ein Konzept von Ihnen. Dankeschön(*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Keine Schließung der Augarten-Sauna

GR. **Eichberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Eichberger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die meisten erwarten schon diesen Antrag, der auch schon angekündigt ist und war. Vorweg möchte ich eines sagen, nicht nur viele Besucherinnen und Besucher der Augartensauna haben sich gestern beim Lesen der Kleinen Zeitung und beim Vernehmen der Botschaft des Herrn Bürgermeisters, wonach der Ofen aus sei, mehr als gewundert, aber nicht nur die betroffenen Saunagäste in der Augartensauna waren tief erschüttert über diese sehr diktatorische Feststellung des Bürgermeisters, der einfach sagt, der Ofen ist aus, sondern auch viele Grazerinnen und Grazer waren mehr als bestürzt über diese Überheblichkeit, über diese Vorgehensweise eines Bürgermeisters, der einfach so tut, als ob diese Augarten-Sauna wie auch andere Einrichtungen in dieser Stadt sein persönliches Eigentum

wäre und er nicht nur gewählter Bürgermeister ist, sondern Eigentümer dieser Liegenschaften und dergleichen. Und das ist schon eine Vorgehensweise, die jetzt weit über dieses Thema der beabsichtigten Schließung einer Augartensauna hinausgeht. Nämlich der Umgang mit, nicht nur mit der Meinung und dem Beschluss eines Bezirkrates, wo immerhin ein einhelliger Beschluss im Bezirksrat mit fünf Fraktionen, darunter auch der ÖVP-Fraktion und den Grünen, beschlossen wurde, wo es sehr klar und deutlich und ohne Interpretationsspielraum darum gegangen ist, dass sich der Bezirksrat Jakomini zu diesem Fortbestand der Sauna bekennt. Aber mag es so sein, und es ist ja heute nicht das erste Mal, dass über Beschlüsse in Bezirksratsgremien mancher Parteien hier in diesem Haus einfach darübergefahren wird, dass die Beschlüsse, die Diskussionen in den Bezirken, viele im Gemeinderat, auch wenn es die eigenen Fraktionskolleginnen und -kollegen sind, nicht interessiert und denen das mehr oder weniger egal ist, so ist das schon bekannte Tatsache und wie gesagt, nicht das erste Mal passiert. Das aber ein Herr Bürgermeister und seine Fraktion und möglicherweise auch noch eine andere Fraktion einfach negiert, dass rund 2000 Grazerinnen und Grazer hier mit ihrer Unterschrift bekundet haben, sie möchten diese Einrichtung in einem Stadtteil, der nicht besonders gesegnet ist von sonstigen Wellness-Bereichen und dergleichen, erhalten wissen, dass auch 2000 Unterschriften den Herrn Bürgermeister und andere Personen, die hier das Reden haben, nicht näher berühren und dazu veranlassen, darüber nachzudenken. Jetzt sage ich aber noch einmal, wenn schon Bezirksratsbeschlüsse, wenn schon 2000 Unterschriften nichts zählen, dann mag er es vielleicht zumindest zählen, dass 7000 Besucherinnen und Besucher jährlich diese Augarten-Sauna besuchen und auch Eintrittsgelder bezahlen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Mir kommen die Tränen.

GR. **Eichberger:** Und ich verstehe schon die gewisse Nervosität, vor allem in den Reihen der ÖVP, weil sie es halt nicht gerne hören, dass hier Einrichtungen für die Bürgerinnen und Bürger geschlossen werden, von den Rechenbeispielen mag ich

jetzt gar nicht eingehen darauf, weil man kann auch gewisse Dinge so hinstellen, was aber, wie gesagt, ziemlich hinkt mit der Berechnung. Weil ich kann nicht 7000 Besucher durch die Jahres-Tagesanzahl rechnen, wenn ich auf der einen Seite nur 213 Öffnungstage habe. Ich habe zwei Monate im Sommer geschlossen, ich habe zwei Tage pro Woche geschlossen und ich und viele, die das nachgerechnet haben, kommen auf eine Auslastung zurzeit von 80 %. Und das Argument, liebe KollegInnen oder weniger liebe KollegInnen, wonach 85.000 Euro für den Betrieb dieser oder der Verlust für diese Anlage einfach zu viel sind, das kann es ja nicht geben. Weil wenn ich daran denke, dass wir für ein Jakoministraßenprojekt 700.000 Euro haben, dass wir für Radwege 2,8 Millionen Euro haben und, und, und, dann werden diese 85.000 Euro auch möglich sein, wenn ich es will. Und zu guter Letzt ist schon eines zu sagen, dass auch es nicht um die Frage, und ich bin dann schon ziemlich weit in meinen Ausführungen oder auch andere haben heute die Redezeit überschritten. Und es geht nicht darum, und wenn auch versucht wird von der ÖVP-Seite und von der Fraktion der christlich gewerkschaftlichen Seite her, hier einfach zu sagen, es geht ihnen nur um den Kindergarten und die SPÖ ist der Verhinderer, dann sagen wir klipp und klar Folgendes, es geht um die Augarten-Sauna und einen Betriebskindergarten (*Applaus SPÖ*) und es geht nicht darum entweder oder, sondern es geht um beides, nämlich um den Forbestand der Augarten-Sauna und die Errichtung einer Kinderbetreuungseinrichtung. Wenn ihr immer unterbrecht, werde ich nicht zu meinem Antrag kommen. Aus diesem Grund darf ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen, und ich glaube, dass das nicht zu viel verlangt ist und wenn eine Bereitschaft da ist, dann müsste dieser Antragstext auch für alle mittragbar sein.

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz appelliert an alle Verantwortungsträger und -innen, die Schließung der Augartensauna nochmals zu überdenken.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Arbeitsgruppe mit VertreterInnen der Graz AG, der Stadt, des Bezirkrates und der Sauna-Initiativgruppe zu bilden, um nochmals alle Möglichkeiten auszuloten, um Sauna, und jetzt hört bitte zu, wie Sauna und Betriebskindergarten der Graz AG realisiert werden können.

Danke (*Applaus SPÖ*).

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Ihr habt ja ein paar günstige Grundstücke, wie ich gehört habe.

GR. Ing. **Lohr** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Eichberger! Wir Freiheitliche unterstützen den vorliegenden Antrag, er ist sehr gut ausgearbeitet und er hat was in sich. Auf der einen Seite (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gibt es natürlich die Zahlen der Graz AG, die von den 21 Besuchern pro Tag spricht, aber das ist logisch, wenn sie nur fünf Tage in der Woche geöffnet ist und drei Monate geschlossen, dass man zu diesen Zahlen kommt. Im Bezirk besteht der massive Wunsch, die 2000 Unterschriften sind jetzt plus/minus zehn, ist egal, es ist der Wunsch hier, dass diese Sauna geöffnet bleibt und dass hier ein Produkt der Infrastruktur auch im Bezirk weiter erhalten bleibt. Man sollte die Sauna viel mehr ausbauen, mehr Öffnungstage erweitern, eventuell renovieren. Wir treten auch nicht fürs Zusperrn ein, heute ist es die Sauna, morgen wird vielleicht das Augartenbad, das Postamt oder das Bezirksamt. Man kann nicht so mit der Bezirkbevölkerung umgehen und ständig wichtige Einrichtungen zusperren. Natürlich sage ich auch hier, dass wir uns nicht gegen die Errichtung des Kindergartens aussprechen, wir wissen, dass Kindergartenplätze Mangelware sind im Bezirk Jakomini und es muss beides möglich sein. Bestimmt findet sich im Bezirk Jakomini ein geeignetes Objekt für den Betriebskindergarten. Einen Punkt, da muss ich ein bisschen mit dem Kollegen Eichberger noch sprechen in punkto Saunagebührenerhöhung, da ist ein kleiner Lapsus im Motivenbericht passiert, also mit dem einen Euro Erhöhung wird wahrscheinlich nicht ausgeglichen bilanziert werden, aber das haben wir ja bereits geklärt. Aha, ich habe gehört, der Text ist bereits ausgetauscht. Aber auch das Argument der Frau Vizebürgermeisterin, dass die Stadt Graz hier dazuzahlen muss, geht ins Leere. In vielen Bereichen, seien es die Grazer Verkehrsbetriebe oder andere Infrastruktureinrichtungen zahlt die Stadt Graz dazu, das ist ganz normal. Ich schließe schon mit einem Appell an den Herrn Bürgermeister und die Frau Vizebürgermeisterin, lassen Sie den Bewohnern im Bezirk Jakomini die Sauna und errichten Sie zusätzlich den Kindergarten (*Applaus SPÖ und FPÖ*).

GR. **Schröck:** Lieber Kollege Eichberger! Zunächst einmal danke, dass du dieses brennende Thema hier zum Antrag gemacht hast, da meine ich das heiße Thema sogar, aber wenn ich mir den Antrag anschau ist mehr Dampfsauna (*Applaus ÖVP*). Ich bin nur ein bisschen verwundert eben, wie du diesen Antrag gestellt hast, deine Rede war ja feurig, der Antragstext ist dann eher ein bisschen lau, denn immerhin geht es darum, dass die Stadt Graz oder ihre führenden Vertreter hier doch einen massiven Anschlag auf die Lebensqualität eines ganzen Bezirks planen. Und es geht auch darum, dass die Stadt Graz sich dann auch noch aufspielt als große Gönner, dass sie dann sagen, na dann kriegt's halt eine 30-%ige Ermäßigung auf das Bad Eggenberg, nicht bedacht, dass das Bad Eggenberg erstens einmal wahrscheinlich noch lange nicht fertig ist, dass es mehrere Kilometer weit von der Augartensauna quer durch die Stadt entfernt ist und dass das Eggenberger Bad und die Eintrittspreise dort natürlich massiv teurer sind als die Eintritte in der Augarten-Sauna. Und das nächste Problem ist, und das ist eigentlich das Schändlichste daran, dass hier von Seiten der Volkspartei versucht wird, Kinderbetreuung aufzuwiegen und auszuspielen gegen eine Freizeitanlage und das finde ich nicht in Ordnung, und wenn man im Sauna-Jargon bleiben, das sind halt einmal die nackten Tatsachen dann, meine Damen und Herren von der ÖVP. Das Einzige, was mich stört bei deinem Antrag, ist halt auch, dass du nicht wirklich einen Lösungsansatz gibst, du möchtest zwar, dass ein Arbeitskreis gebildet wird, wo man dann schaut, dass man sich beides erhalten kann. Ich schlage vor, die SPÖ trennt sich von einer ihrer unverschämt billig gemieteten Immobilien und stellt die dann zur Verfügung für einen Kindergarten oder für eine Sauna (*Applaus ÖVP und BZÖ*), aber grundsätzlich, weil dann verdienen sie auch ihren Namen, die Sozialen in Graz, wieder und wir werden aber der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Eber:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Kollege Eichberger! Ich möchte vorweg sagen, wir halten das für eine ausgezeichnete Idee, dass die Graz AG einen Betriebskindergarten plant, also gerade weil es notwendig ist, sowohl im Bezirk Jakomini als auch natürlich dass große führende Betriebe in dieser Stadt etwas für die Kinderbetreuung tun. Und ich persönlich bin auch der Meinung, dass der Standort beim/am Augarten-Bad nicht der schlechteste ist. Dennoch bin ich natürlich

auch der Meinung, dass es nicht so sein kann, dass man jetzt hergeht und sagt, gut wir brauchen einen Betriebskindergarten für die Graz AG und deshalb schließen wir eine Einrichtung, die wirklich im öffentlichen Interesse ist. Die Sauna im Augarten ist genauso wie jede andere eine, manche sagen eine Wellness-Einrichtung, sie dient genauso gut aber auch der Gesundheitsvorsorge, sie ist ein sozialer Faktor im Bezirk und wird von der Bevölkerung besser angenommen, als diese nackten Zahlen es wiedergeben. Denn, wie es der Kollege Eichberger ausgeführt hat, es gibt halt nur 213 Öffnungstage und nicht 365 und wann immer man in die Sauna geht, wird man feststellen, dass eben nicht nur maximal 21 Personen dort sind jeden Tag, sondern über 30 und das bei einer Kapazität von 40 Personen für diese Sauna und das bedeutet, sie ist wirklich ausgezeichnet ausgelastet. Und unserer Meinung nach ist es natürlich dennoch so, dass es Problem ist, dass die Sauna ein Defizit schreibt, aber wir meinen, dass man mit vielleicht kleinen und gar nicht so kostenintensiven Maßnahmen durchaus Verbesserungen in der Qualität im Angebot schaffen kann, die geeignet sind, die Anzahl der Besucherinnen und Besucher zu erhöhen, und aus diesem Grunde, weil wir auch meinen, dass es einen Betriebskindergarten und eine Sauna braucht, werden wir dem Antrag der Dringlichkeit und natürlich auch dem Inhalt nach zustimmen. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*)

GRin. **Jahn:** Zur Dringlichkeit des Antrages. Wie ohnehin schon über die Medien bekannt wurde, gibt es bei den Grünen sehr unterschiedlich Meinungen in dieser Frage Augarten-Sauna und/oder, uns wäre am liebsten und Betriebskindergarten, wobei uns wichtig ist zu betonen, dass beide Projekte ihre Berechtigung haben und es dringlich ist, jetzt diese Fragen, die momentan anstehen, zu lösen. Insofern werden wir auch der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Zu betonen ist aber im Zusammenhang mit dem vorliegenden Antrag, so wie er formuliert ist, dass weder die inhaltliche Zustimmung noch die Ablehnung den Kindergarten grundsätzlich fördert oder verhindert, also das muss uns klar sein, dazu hätten wir nämlich heute über die Flächenwidmungsplanumwidmung reden müssen, was wir nicht tun. Also diese Frage ist nach wie vor ungeklärt. Selbst wenn wir über die Umwidmung geredet hätten und sie abgelehnt hätten, darf man das auch nicht gleichzeitig mit dem Erhalt der Sauna gleichsetzen, also das ist, glaube ich, auch ein Missverständnis, das da

hier teilweise vorgeherrscht hat. Wir sollten nicht die beiden Projekte gegeneinander ausspielen, das ist eine ganz ungute Situation und ich glaube, da spreche ich ohnehin für die meisten hier, dass wir die Debatte eigentlich so nicht führen wollen und dass beide Projekte relevant sind aus unterschiedlichen Perspektiven. Es ist uns wichtig, dass wir uns heute auch mit dieser Frage auseinandersetzen, deswegen Dringlichkeit ja, inhaltlich werden wir unterschiedlich abstimmen, dringlich auch Grundsätzlich die Frage, über die wir auch einmal gemeinsam reden sollten, ist, welche Strategie verfolgen die Grazer Freizeitbetriebe mit den Einrichtungen wie Bäder, mit den Saunen etc. Weil immer wieder haben wir Detaildebatten, wir erinnern uns an die Debatte zum Margarethenbad beispielsweise, die auch ziemlich hin- und hergewogt ist und auch zu anderen Bädern in der Stadt Graz, wo wir uns als GemeinderätInnen, oft nur schwer nachvollziehbar, was ist wahr, was ist die Strategie der Freizeitbetriebe, weil nur das Argument, alles muss kostendeckend sein, kann es nicht sein, weil wir wissen, dass gerade solche Einrichtungen nie kostendeckend sein können und auch im Sinne des Gemeininteresses kann es das allein nicht sein. Wir würden uns wünschen, dass wir da im Aufsichtsrat einerseits, aber was die GemeinderätInnen betrifft, auch im Beteiligungsausschuss, uns einmal mit der Frage intensiver auseinandersetzen, welche Strategie verfolgen wir mit unseren Freizeitbetrieben (*Applaus Grüne*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Melde mich namens der Volkspartei zur Dringlichkeit. Mir ist einmal eines ganz, ganz wichtig; für die Überschriften in Tageszeitungen bin ich nicht zuständig, für das, wo ich zitiert werde, sehr wohl. Ich habe Ihnen Folgendes mitzuteilen und das ist, glaube ich, das Wesentlichste überhaupt. Bis zum heutigen Tag bemühen sich die ÖVP, aber auch die Grünen, die Lebensqualität in dieser Stadt zu verbessern, vor allen im Sport und im Wellness-Bereich. Seitdem ich da bin, habe ich den ersten Antrag hier herinnen zum Thema Bad, habe ich da herinnen gestellt, das war das Bad zur Sonne, das war überhaupt mein erstes Stück, das ich da eingebracht habe und seitdem haben wir dort ein Hallenbad, es ist 15 Jahre vorher diskutiert worden, seitdem haben wir dort Wellness-Einrichtungen und seitdem haben wir dort auch eine Sauna (*Applaus ÖVP*). Geschätzter Herr Gemeinderat Eichberger, bis zum heutigen Tag hat der Herr Landesrat Wegscheider

die Fördermittel für das Bad Eggenberg noch immer nicht zugesagt und von Bundesseite haben wir es auch noch nicht, obwohl seit einem halben Jahr die Beamtenschaft auf Landes-, Bundes- und Stadtebene fertig ist. Es ist auch ganz egal, sonst müssen wir es selber machen, wichtig ist, dass wir 12 Millionen Euro von Seiten der AG in die Wellness-Verbesserungen und in eine neue Sauna-Landschaft in Graz entwickeln, die es in der ganzen restlichen Steiermark noch gar nicht gibt. Das ist das eine, das wollte ich nur einmal gesagt haben, und jetzt zum Projekt selbst. Du kannst den Kollegen Horst Schachner von der SPÖ, den Wolfgang Messner, das ehemalige Stadtregierungsmitglied der SPÖ einmal befragen, wieso sich in den letzten Tagen bei ihnen die Sorgenfalten vermehrt haben. Es gibt im Moment 289 Kinder bei den Grazer Verkehrsbetrieben und bei der Graz AG, wir haben einen Unterdeckungsgrad bei Kindertageneinrichtungen, gerade im Bezirk Jakomini, die nicht einmal den europäischen Normen entsprechen, bei weitem nicht entsprechen, ich habe die Zahlen mitgebracht, kann sie da gerne sagen. Wir haben einen Deckungsgrad im Bezirk Jakomini, für den du immer wieder eintrittst, du musst nur einmal entscheiden, wo sind wir. Da herinnen haben wir eine städtische Entscheidung zu treffen und wir haben schon oft eine Entscheidung getroffen, die der Bezirksrat auch so nicht mittragen kann. Kinderkrippen 12,2 % in Jakomini, Kindergarten 53,57 %, wobei das EU-Ziel 90 ist und wir in den restlichen Bereichen fast auf 100 % sind. Es werden immer mehr Frauen und Alleinerzieherinnen, die bei der GVB und bei der AG arbeiten, wir übertragen jetzt noch weitere Bereiche und es gibt nur mehr bis zum Herbst die Chance, 40 % Förderung beziehungsweise 50 % Förderung für Kinderkrippen und Kindergärten zu holen. Wir können keinen Neubau mehr starten, sondern wir müssen an einem Platz bauen, der jetzt schon vorhanden ist, umbauen geht sich aus, im Herbst eröffnen, dann kriegen wir 389.000 Euro Zuschuss, der sonst verfällt. Hätten wir heute die Auflage zugelassen (*Applaus ÖVP*), hätten wir es wenigstens nicht versäumt. Ich habe, damit ich jetzt auch schnell fertig werde, ich habe schon längst vor, du bist jetzt ein bisschen zu spät aufgewacht, deswegen halten wir es nicht für dringlich, in deiner Grundintention zu sagen, geht beides, sind wir unterwegs, hat es auch das Treffen mit den Saunagehern schon gegeben, möchte ich auch sagen. Es gibt drei Varianten, die hier geprüft werden, die aber sehr viel Geld kosten und gar nicht so einfach sind, wenn es interessiert, darf ich die noch schnell sagen: Die Errichtungskosten überhaupt für den Kindergarten sind 692.000, 385.000 würde das Land zuschießen und 72.000 Euro brauchen wir,

um die Kinder dort unterzubringen. Wir brauchen dringend einmal die Auflage, das wäre noch keine Entscheidung heute gewesen und ich habe auch zugesagt allen Damen und Herren, die so um ihre Sauna kämpfen. Im Übrigen haben sie heuer im heurigen Jahr eine Jahreskarte bis jetzt gelöst, im vergangenen Jahr waren es fünf Jahreskarten und das Defizit, ich möchte es schon einmal dazusagen, und das Defizit ist deswegen so hoch, weil diese Sauna nicht so intensiv besucht wird, wie wir uns das wünschen. Nichtsdestotrotz, und jetzt höre ich dann auch schon auf, mache ich sowieso, deswegen sind wir als ÖVP gegen die Dringlichkeit und gegen den Antrag, weil das, was du jetzt reingeschrieben hast, auch auf Grund des Kleinen-Zeitung-Artikels wird sowieso geprüft. Meine erste Variante war zu schauen, ob man die Hälfte, es gibt ja dort zwei Saunakammern und die eine Saunakammer bitte, die ist so schlecht belüftet, es soll dort schon unangenehme Gerüche geben, dass sie nicht mehr verwendet wird, vielleicht auch einmal hingehen und anschauen, die zweite, habe ich gesagt, könnt ihr übertragen vielleicht in das Eingangsgebäude, ist statisch auch relativ schwierig und die Grundüberlegung, die ich jetzt gemacht habe und auch schon angeboten habe, man könnte eine solche Sauna, eine Kabine, errichten, wo auch immer dann, und man könnte sie vielleicht auch einem Verein übergeben und dann können die Menschen, die dort Sauna gehen, das auch weiterhin tun, aber dass das eine Zumutung ist, dass man dann vielleicht in die Straßenbahn steigt und bis Eggenberg in so ein Zentrum fährt, dass es eine Zumutung ist, nicht ins Bad zur Sonne zugehen, auch da können wir noch prüfen, ob wir das vielleicht nicht dort vergrößern, ist auf alle Fälle nicht gegeben, das heißt, wir sind längst munter bis du aufgestanden bist, habe ich das schon vorgeschlagen gehabt. Es ist ok, dein Vorschlag ist genau das, was ich gesagt habe, wir schauen uns das noch an, aber wir brauchen dringend diese Kinderbetreuungseinrichtung, deswegen bitte im nächsten Gemeinderat zustimmen, dass wir ihn einmal auflegen, weil sonst versäumen wir alle Fristen und dann kriegen wir diese 380.000 Euro leider nicht (*Applaus ÖVP*).

GR. Eichberger: Lieber Herr Bürgermeister! Es gibt halt auch Tage, das sind halt nicht die Tage des Bürgermeisters und der heutige dürfte ein solcher sein. Weil du jetzt auf die Tränendrüse gedrückt hast und festgehalten hast, dass es so ist, dass

wir gegen Kinderbetreuungseinrichtungen sind, ein so ein großer Bedarf an Kinderbetreuungseinrichtungen in Jakomini, eine Minderbedeckung und, und, und. Ich habe hier einen dringlichen Antrag vor mir liegen, liebe Freunde auch der ÖVP, eingebracht von der Kollegin Edeltraud Meißlitzer am 23. April 2009. Wisst ihr, was die Edeltraud Meißlitzer, eure Kollegin, gefordert hat: Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den dringlichen Antrag, dem Gemeinderat der Stadt Graz möge bis spätestens 25. Juni 2009 ein Bauprogramm für Kinderkrippen und Kindergärten vorgelegt werden, das als Grundlage für die Finanzierungsverhandlungen mit dem Land dient. Liebe Freunde, wisst ihr, was rausgekommen ist? Die Grünen und die ÖVP haben das abgelehnt, dieses Programm und, meine sehr geehrten Kollegen, es ist bis zum heutigen Tag kein entsprechendes Förderungsansuchen für diesen Kindergarten beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung eingelangt. Das nur zu eurer Information, wie euch dieses Anliegen dringend ist, bis dato ist diesbezüglich überhaupt nichts passiert und aus diesem Grunde finde ich schon sehr verwunderlich, heute es hier so darzustellen, als ob ihr die ganze Zeit sowieso schon für den Kindergarten ausbau gewesen wärt und, und, und. Das stimmt in dieser Form nicht so richtig, wie ich euch jetzt belegen konnte. Unabhängig davon, und deshalb wundert mich auch die leichte Aufgeregtheit des Bürgermeisters in dieser Frage, wenn er eh schon am Ball ist und wenn er schon am Zug ist und wenn er schon sowieso Varianten zur Verfügung hat, ja was steht dann an, auch zuzustimmen diesem Antrag, wo es nur darum geht, ein Gespräch mit allen Beteiligten zu führen und dort das entsprechende Ergebnis. Zu guter letzt eines, nachdem es leider der Initiative nicht geglückt ist, dem Herrn Bürgermeister trotz meines Ersuchens die Unterschriften persönlich zu übergeben, bin ich beauftragt worden und gebeten worden, heute diese Unterschriften einmal Teil 1 dem Herrn Bürgermeister zu geben, soviel zur Gesprächsbereitschaft mit der Initiative Augarten. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Herr Kollege Eichberger! Das ist völlig unrichtig, dass die Stadt Graz kein Ausbauprogramm für die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen hat. Wir haben zum einen eine laufende OG mit dem heurigen Jahr...

Zwischenruf GR. Eichberger: Seit wann?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Weil wir es haben und zum Zweiten haben wir eine AOG bis zum Jahr 2015 beschlossen, wir haben ein Budget für 2010 beschlossen, man kann in all diesen Unterlagen das nachlesen, weil wir wissen genau, was wir wollen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Grosz** zum Antrag: Meine Damen und Herren, hoher Gemeinderat! Nachdem die Dringlichkeit gegeben ist, zumindest ein Vorschlag zur Güte für den Inhalt, um vielleicht auch dieses Problem zu lösen. Ich halte es einmal für nicht sehr klug, Kinderkrippen gegen die Lebensqualität auszuspielen. Da würden mir viele Dinge einfallen, Projekte auch dieser Stadt, wo man immer wieder sagen kann, also für das habt ihr zufälligerweise Geld und für das nicht. Die öffentliche Daseinsvorsorge sollte alle Lebensbereiche umfassen, auch die vielleicht manchmal im großen politischen Zusammenhang geringsten Probleme erscheinenden, das ist zum Beispiel mein Credo, und daher ist auch der Antrag des Kollegen Eichberger vollkommen zulässig. Wo ich nur einen Lösungsvorschlag bringe, Herr Bürgermeister, nachdem ja du da selbst dich darum kümmerst, ist, dass man sich diese 11 Liegenschaften der Sozialdemokratie einmal ansieht, da sind ja genug Liegenschaften, die quasi zwischen sieben und acht Euro da pro Quadratmeter vermietet werden für Parteizwecke, für das Parteibüro der Frau Silhavy und Ehmann und wie sie alle heißen. Herr Bürgermeister, ich darf um Aufmerksamkeit ersuchen, und dass man sich vielleicht einmal diese ganzen Objekte, die offenbar ja wirklich unbenutzt sind, wo irgendwelche Politoffiziere herumkugeln und das auf Kosten der Stadt, das heißt für die Allgemeinheit leerstehende Gebäude, nicht für den Parteinutz, man darf nie Gemeinnutz und Parteinutz verwechseln, also die für die Gemeinnützigkeit leerstehenden Gebäude, die ausschließlich hier mit Sonderkonditionen parteipolitisch

genutzt werden, sich das wirklich einmal anzuschauen und nicht zu versuchen, ob man nicht im Rahmen dieser 11 Liegenschaften geeignete Betriebsstätten für diesen Betriebskindergarten nutzt. Ich sehe ja überhaupt nicht ein, dass mit Steuergeld zu Mieten, die ein Wahnsinn sind, die der heutigen Zeit nicht entsprechen, zu Proporz- und Postenschacherverträgen aus der Nachkriegszeit das heute die Steuerzahler nach wie vor dafür brennen können, dass sich hier eine Partei gesund stößt und Parteiennutz mit Gemeinnutz verwechselt und wir auf der anderen Seite keinerlei Betriebsstätten haben, um Betriebskindergärten für die Graz AG zu schaffen und daher wäre es sehr klug und sehr gescheit, wenn die SPÖ hier mit gutem Beispiel einmal vorangeht, sich diese Privilegien- und Postenschacherverträge einmal sich von dem befreit und von diesen Altlasten, die ein Wahnsinn sind, das einmal einem Grazer zu erklären und dass wir durchaus hier suchen, ob wir hier nicht Liegenschaften adaptieren können, die wir dann für Betriebskindergärten in Graz oder für den sozialen Wohnbau der Frau Stadträtin Kahr verwenden können, das wäre ein Vorschlag zur Güte. Ich danke (*Applaus BZÖ*)

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Ich möchte schon noch einmal deutlich festhalten, es geht hier nicht um das Ausspielen einer Kinderbetreuungseinrichtung mit einer Sauna. Vor zirka zwei Jahren oder ein bisschen weniger, als der Beschluss gefasst wurde, das Sport- und Wellnes-Bad Eggenberg auszubauen, hat der Vorstand der Graz AG beschlossen, die Augarten-Sauna bei Inbetriebnahme des Wellness-Bereiches in Eggenberg zu schließen. Da hat es zu diesem Zeitpunkt noch keine Überlegungen gegeben, eine Kinderbetreuungseinrichtung dort hineinzubauen. Das ist einmal, glaube ich, schon wichtig, weil es geht in keiner Weise darum, hier wichtige Bereiche gegeneinander auszuspielen. Und der Herr Bürgermeister hat es erwähnt, es geht also nicht um die Frage Sauna oder Kindergarten. Ob diese Kinderbetreuungseinrichtung kommt oder nicht, ist aus betriebswirtschaftlicher Sicht entschieden und auch der Aufsichtsrat der Graz AG ist dem beigetreten. Die Sauna wird geschlossen, weil entgegen der Rechnung vom Kollegen Eichberger nicht ein Euro mehr reichen würde, sondern es würde ein Eintritt mit 20,70 Euro erst reichen, um eine schwarze Null zu schreiben pro Person, und angeblich umfasst dieser Personenkreis rund 100 Köpfe, die diese Sauna regelmäßig besuchen. Und ich

erlaube mir schon die Anmerkung, wenn jetzt 2000 Persönlichkeiten, wo auch immer sie wohnen mögen, sich für den Erhalt dieser Augarten-Sauna einsetzen, auf der anderen Seite von 213 Betriebstagen gesprochen wird, 213 Betriebstage, erlaube ich mir die Rechnung, sind ungefähr 30 Wochen, wenn diese 2000 Leuten nur einmal in der Woche hineingehen, dann hätten wir endlich wieder ein Unternehmen...

Zwischenruf GR. Eichberger: Die bringst du dort nicht hinein.

StR. **Eisel-Eiselsberg:** ...nicht auf einmal lieber Klaus, nicht auf einmal, einmal pro Woche, jeder Einzelne, einmal pro Woche da hineingeht, dann hätten wir einen Bereich, der sehr, sehr gut wirtschaftlich bilanzieren würde. Faktum ist, dass das offensichtlich nicht der Fall ist und eben diese Zahlen geschrieben werden, so wie sie eben vorliegen. Und ich denke, dass wir im Lichte dessen, dass die Sauna aus der Sicht des Unternehmens ohnedies geschlossen wird, alles daran setzen sollten, dieses wichtige und zukunftsweisende Projekt einer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtung zu ermöglichen, noch dazu, wie es der Herr Bürgermeister gesagt hat, wo wir uns in diesem Zusammenhang auch beträchtliche Fördermittel des Landes holen können. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ich möchte mich auch noch kurz zu Wort melden, weil ich ja auch als Aufsichtsratsmitglied der Graz AG angesprochen bin, die dafür gestimmt hat, als diese Entscheidung vorgelegen hat. Ich kann auch heute zu dieser Entscheidung stehen. Ich würde mich nur interessieren, wie im Herbst dann, wenn die Budgetdiskussionen wieder losgehen, argumentiert wird und wieder eingefordert wird, dass die Stadt Prioritäten setzen muss. Ich weiß, für die Leute, die die Augarten-Sauna benutzen, sind es jetzt hundert oder zweihundert im Jahr, ist das eine sehr schmerzhaft Sache, wer die Sauna kennt. Ich habe mich auch zusammengesetzt mit dem Herrn Pleyer, einem der Fürsprecher der

Saunabesucher/-besucherinnen, die Realität ist eine, dass es dort nicht unbedingt eine sehr moderne, gut ausgestattete Augartensauna ist, wie man es sich vorstellt, wenn da Wohlfühlzone steht, sondern eine, die wenn sie jemals dazu kommen soll, wieder zu einer anderen Kapazität zu kommen, ein ziemliches Investment benötigen würde und diese Frage der Entscheidung eben sagt man, wofür nimmt man das Geld her in einer Stadt, die sich es sich eben leider nicht leisten kann, alles was man sich wünscht, im vollen Ausmaß zu voller Qualität aufrecht zu erhalten, dann wird es notwendig sein, manchmal eine Priorität zu setzen, und ich möchte schon die Frage stellen, inwieweit ein Wellness-Bereich die Daseinsvorsorge im originären Sinn wirklich betrifft. Ich verstehe jede Person, die dort gerne hingehet und dass es einen sozialen Faktor hat und dass es im Interesse einer Stadt, die Lebensqualität bieten will, ein hohes Interesse ist, aber ich denke, wir haben im Jahr, am Ende des Jahres immer dieselbe Diskussion, alle sollen möglichst effizient arbeiten, alle Bereiche der Stadt, genauso auch der Graz AG wird immer wieder vorgeworfen, sie produziert soviel Minus und auf der anderen Seite sind dann Entscheidungen, die sagen, ok manche Dinge, von denen müssen wir uns verabschieden, weil wir aber dafür in andere Bereichen, wie zum Beispiel Eggenberg oder auch Bad zur Sonne investieren, dann ist das eine Entscheidung, die schmerzhaft ist, aber irgendwann auch zu treffen sein wird, ob vor dem Kindergarten oder parallel zu einem Kindergarten. Zum Kindergarten hat da niemand, denke ich mir, eine Meinung, dass so ein Kindergarten nicht kommen soll, also diese Ausspielung findet eh nicht statt, das haben wir eh im Ausschuss auch besprochen, ein Betriebskindergarten ist eine tolle Geschichte und wenn der irgendwie möglich wird, soll er möglich werden, der Standort ist dort optimal und die Augarten-Sauna, so wie sie jetzt ist, wird nicht dazu führen, jemals gewinnbringend, kostendeckend betrieben zu werden, wenn sie in dem Zustand bleibt, der sie ist und diese Entscheidung haben auch die Geschäftsführer in der Graz AG zu treffen, wenn sie eigentlich vorlegen müssen, dass sich die Zahlen in eine andere Richtung bewegen, wie wir es von ihnen ja auch verlangen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GRin. **Binder**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein Reizwort gefallen mit dem ich mir nicht ganz leicht tue. Nämlich, was ist Daseinsvorsorge. Meine sehr

geschätzte Vizebürgermeisterin hat diesen Begriff in den Mund genommen, wir haben uns schon vor zwei Tagen darüber unterhalten. Es gibt Werte, die kann man nicht einfach oder Aspekte von Lebensqualität, die kann man nicht einfach immer über einen Rechenstab brechen, das geht nicht (*Applaus SPÖ, BZÖ und KPÖ*) und es gab auch, was Daseinsvorsorge ist oder nicht, gibt es auch keinen Diskurs. Einmal gehört das zur Daseinsvorsorge, einmal gehört das andere zur Daseinsvorsorge oder eben nicht, wie es eben gerade passt. Ich glaube, unter diesen Bedingungen würde heute ein KIZ nicht mehr bestehen und das ist für mich ein Gedanke, der erschreckend ist, wenn heute dieselbe Situation bestehen würde wie vor zwei oder drei Jahren, wo wir kämpfen haben müssen, dass dieses Kino erhalten wird, wo auch immer, und ich hatte da einen sehr, sehr guten Partner in der ÖVP und vor allem im Stadtrat Rüschi, einen sehr, sehr guten Partner, aber heute fürchte ich, würde das KIZ sterben. Also bitte, führen wir doch wirklich einmal den Diskurs, was Daseinsvorsorge ist, ob es die kleine Sauna da im Augarten ist oder (*Applaus SPÖ und BZÖ*), ich habe keine Ahnung mehr. Was ist die Linie, die wir brechen müssen, wo wir sagen, das gehört dazu und das gehört nicht dazu (*Applaus SPÖ, KPÖ und BZÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren! Die Daseinsvorsorgediskussion, die führe ich wirklich gerne und ich denke mir, dass ein sozialer Treffpunkt und auch ein Gesundheitsbereich durchaus in Ordnung sind. Ich verstehe nur die Aufregung aus einem Punkt heraus nicht, wir haben gerade im Bereich der Sauna Investitionen in die Hand genommen, die weit über dem liegen, was es bisher in der Stadt gegeben hat. Einen Wellness-Bereich neben dem neuen Schwimmbadbereich von zwölf Millionen Euro als Gesundheitszentrum für die Grazerinnen und Grazer, für unsere Sportler, Kinder und Jugendlichen, ist ja gar kein Thema. Die Frage stellt sich ja nur, ob wir tatsächlich, und so schaut es im Moment aus, bei 85.000 Euro Abgang und 7.000 Besuchern pro Jahr den Menschen erklären können, dass wir 12.50 Euro bei jedem Eintritt vom Steuergeld dazuzahlen, damit jemand in die Sauna gehen kann dort vor Ort. Und das muss man einmal jemandem erklären, und es gibt noch etwas, wenn wir ein neues Zentrum in Eggenberg haben, dann brauchen wir pro Tag auch eine ordentliche Auslastung draußen. Wenn wir

diese Auslastung nicht ermöglichen, dann tun wir uns schwer. Ich sage jetzt noch einmal, dass es drei Varianten gibt, die nicht nur schon geprüft werden, sondern auch mit der betreffenden Gruppe schon angedacht worden sind. In diesem Haus, aus der Sicht der Vorstände und auch aus meiner Sicht nicht mehr. Im Eingangsbäude einen Sauna-Bereich, ja, das ist denkbar, aber die Kosten müssen wir noch genauer eruieren, das kann man heute noch nicht zusagen, aber diese Überprüfungen gibt es schon. Ein eigenes Sauna-Haus ginge im Übrigen in diesem Gelände de facto auch, weil dann bis du wenigstens noch vor Ort und hast die Diskussion nicht, ob Menschen da nicht zu weit bis Eggenberg fahren müssen. Und es gibt auch eine dritte Überlegung, ob man den Saunabereich beim Bad zur Sonne erweitert und den Wellnessbereich, den es dort gibt, und diese Spa-Geschichteln dort eher wieder auflässt, dann könnte man unter Umständen den Sauna-Bereich dort noch ausbauen, aber das sind drei Projekte, die schon überprüft werden, die schon laufen, deswegen haben wir als Volkspartei gesagt, es ist schön, dass jetzt wieder ein Antrag kommt, aber wenn wir schon was tun, wozu noch einmal beauftragen? Und ich bitte dich auch, Herr Gemeinderat, es ist so wichtig, wir haben Gesamtentscheidungen als Stadtregierung und als Gemeinderat hier für die gesamte Stadt zu treffen und das kann nicht immer nur der Wunsch aus der jeweiligen Straße oder aus dem jeweiligen Bezirk sein, das ist unsere wesentliche Aufgabe, da auch abzuwägen. Und, wie gesagt, wir werden vielleicht zu einer gemeinsamen Lösung kommen, dieses Bürgerbeteiligungsprojekt gefällt mir ganz gut, deswegen haben wir es ihnen angeboten. Gründet einen Verein, ihr bekommt auch dieses Häuschen dann zur Verfügung gestellt, betreibt das auch, im Moment sind 85.000 Euro Abgang, die am schlechtesten gehende Sauna in diesem Stadtgebiet, das möchte ich da noch einmal dazusagen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Schloffer:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Lisa! Kostennutzungsrechnung bei der Sauna, wie viel Abgang habe ich dort, wie viel muss man wirklich Eintritt zahlen, dass der pari ausgeht...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl.: 20,70 Euro.

GRin. **Schloffer**: Da möchte ich die Frage stellen, Kostennutzungsrechnung, wie viel soll ein Grazer Bürger Eintritt zahlen oder jeder, der hineingeht ins Kunsthaus, dass sich das rechnet, wie viel Abgang gibt es dort, wie viel muss die Stadt Graz jährlich zuschießen für den Betrieb/Aufrechterhaltung des Kunsthauses, wie viel Grazer gehen dort hinein, weil es so klasse und berühmte und tolle Ausstellungen gibt, was ist jetzt wichtig? Ich möchte das nur irgendwie eben, meine Frage war die Kostengegenüberstellung, Sauna und Kunsthaus, wie viel zahlt wo die Stadt Graz dazu und jeder Bürger? Wie teuer kommt das den Bürger?

Zwischenruf GR. Grosz: Sauna ins Kunsthaus.

Bgm. Mag. **Nagl**: Eine schnelle Antwort, Gemeinderätin Schloffer, die schon wichtig ist. Im Bereich des Sports, im Bereich der Erholung und im Bereich vom Schwimm- und Badebereich sind die Abgänge mittlerweile ganz enorm. Wir haben sie nur nicht hier in unserem Budget, sondern wir finanzieren sie in Graz durch höhere Gebühren, die auch Gemeindewohnungen belasten, höherer Strompreis, höherer Gaspreis, höhere Wasserpreise etc. auch mit und noch etwas, Zwetschken und Birnen sollte man nie vergleichen. Im Kulturbereich werden immerhin fast 90 % der Subventionsmittel dafür aufgewendet, dass Menschen einen Job haben (*Applaus ÖVP*) und die nicht überbezahlt sind. Unsere Künstlerinnen, Künstler und unsere Techniker. Da finanzieren wir einen gesellschaftlichen Treffpunkt, noch einmal, den wir auch wiederum stark subventioniert mit 12 Millionen Euro Investment und Betriebsabgängen auch finanzieren werden, es geht nur darum, auch zu sagen, wo findet das in dieser Stadt dann statt und ein paar Plätze haben wir, das war die am schlechtesten gehende, der Vorstand hat beschlossen, die dann aufzuheben, das ist ein Vorstandsbeschluss, der da ist. Du müsstest in Wahrheit ja auch investieren,

auch in dieses Gebäude wieder investieren, du müsstest mehr offen halten im Sommer, Saunabesuch ein eigenes Thema, das klingt immer toll, wenn man sagt, macht im Sommer dann auch auf, wie viel Leute gehen dann tatsächlich dort hinein, das Defizit wird dann meistens nur noch größer. Also ich glaube, dass unsere Vorstände sehr gut das einmal in der AG so vorbereitet haben. Vielleicht gelingt uns noch eine gemeinschaftliche Lösung, ich kann nur noch einmal appellieren, wir verlieren diese 50 % Fördermittel und das darf uns nicht passieren, weil dann haben wir beides nicht, wenn ich so sagen darf. Aber das werden wir das nächste Mal beschließen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angelehnt.

Stadtrat Eisel-Eiselsberg übernimmt um 19.00 Uhr den Vorsitz.

4) Sprachförderung in Kindergärten

GRin. **Binder** stellt namens von Grünen, ÖVP und KPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Antrag behandelt oder da geht es auch um Kinder und ich freue mich, dass dieser Antrag unterstützt wird von der ÖVP und der KPÖ und betrifft die Sprachförderung in Kindergärten. In seiner Festrede zur Menschenrechtspreisverleihung des Landes hat Ernst M. Binder seine Festrede betitelt mit „Wir können nichts als die Sprache“, in der er sich mit der wohl wichtigsten Kulturtechnik, die sich die Menschheit angeeignet haben und wodurch sich der Mensch ganz bedeutend aus der Tierwelt hervorhebt, auseinandersetzt: mit der Sprache als Ausgangspunkt der Möglichkeit, sich untereinander zu verständigen.

Sprache ist der zentrale Schlüssel zur Kommunikation, wie wir gemerkt haben heute schon. Alles, was Menschen erleben und mitteilen wollen, bedarf der Transformation in Sprache, aber was tun, wenn dafür die Begriffe fehlen?

Vor diesem Dilemma stehen viele Menschen und das betrifft auch sehr viele Kinder (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*): diese sogenannte partielle Sprachlosigkeit. Der Verband für Bildung und Erziehung in Deutschland weist darauf hin, dass jedes 5. Kind an Sprachentwicklungsstörungen leidet und die Spracharmut immer mehr zunimmt.

Die Situation in Österreich ist nicht wesentlich besser: In der letzten PIRLS – Studie, die die Lesekompetenz der 10-jährigen SchülerInnen erhebt, werden in Österreich 16 % als RisikoschülerInnen ausgewiesen, das sind immerhin 14.000 Kinder, die weder Lesen als Technik erlernt haben, geschweige denn Sinn erfassendes Lesen können. Die Leseforscherin Christine Wallner-Paschon weist darauf hin, dass die Sprachförderung über die Lesekompetenz entscheidet. Außerdem beweist die Studie wieder einmal, dass Sprachentwicklung eng mit der sozioökonomischen Herkunft zusammenhängt. Je früher daher gezielte und wirksame Sprachförderung einsetzt, umso größer werden die Chancen der Kinder auf eine erfolgreiche Bildungskarriere.

Daher ist der Kindergarten als wichtige Bildungseinrichtung gefordert. Offensichtlich fehlt dem Land Steiermark jedoch ein umfassendes Sprachförderkonzept auf wissenschaftlicher Basis. Denn wie sonst lässt sich erklären, dass gerade in diesem Bereich wo gezielte Sprachförderung notwendig wäre, viel zu wenig Personal eingesetzt ist, wo gerade alle 14 Tage maximal zwei Stunden Kinder gefördert werden können. Dringend erforderlich ist daher eine Erhebung, wie viele Kinder welche speziellen Förderungen benötigen und wie viel ausgebildetes Personal dafür zur Verfügung gestellt werden muss.

Der unerquickliche Kompetenzstreit zwischen Land und Stadt, wer wofür verantwortlich ist und wer hat was zu finanzieren, geht auf Kosten der Kinder und muss ganz schnell jetzt einmal beendet werden.

Daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs, der ÖVP und der KPÖ den

dringlichen Antrag:

Der zuständige Stadtsenatsreferent Detlev Eisel-Eiselsberg wird vom Gemeinderat beauftragt, noch im März 2010 einen Kindertagungsgipfel zu organisieren, in dessen Rahmen gemeinsam mit der zuständigen Landesrätin Mag.^a Elisabeth Grossmann und unter Einbeziehung der zuständigen Landesstellen die Ressourcenfrage für eine ausreichende Sprachförderung in Kindergärten, also zum Beispiel der Betreuungsschlüssel, die Gruppengröße, Finanzierungsschlüssel usw. geklärt wird. Ein diesbezüglicher Bericht ergeht an den zuständigen Ausschuss. Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages im Sine der Kinder (*Applaus Grüne*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Über die Dringlichkeit brauchen wir nicht abstimmen, weil die auch gegeben ist.

GR. **Herper** zum Antrag: Also, ich habe heute in der Früh mit der Landesrätin Sissi Grossmann gesprochen, sie hat ja gar nichts dagegen, aus ihrer Sicht ist das ein guter Vorschlag der Gipfel. Sie ist auch sehr gerne bereit, mit dir, Teddy, Herr Stadtrat, gemeinsam nach Wien vorstellig zu werden oder in Richtung Wien vorstellig zu werden, um damit auch die dortigen Mittel, die uns zufließen, zu erhöhen. Es handelt sich nämlich um die frühe Sprachförderung des Landes, für die das Land im Rahmen der 15-a-Vereinbarung die Bundesmittel erhält und diese bestmöglich für alle Kinder in der Steiermark einsetzt. Das einmal zur Klarheit, damit wir auf jeden Fall auf gleicher Ebene sind. Darüber hinaus hat das Land Steiermark, hat sie mir versichert, einen zusätzlich installierten Dolmetschpool zur Sprachberatung, nämlich das Angebot erweitert, dieser Dolmetschpool, das sind Kosten in der Höhe von zirka 55.000 Euro, liebe Sigi, pro Jahr, wird ausschließlich mit Landesgeldern bezahlt. Darüber hinaus wurde, um eine Ausweitung des Dolmetschpools in Angriff nehmen zu können, vergangenes Jahr ein Ansuchen um Unterstützung beim europäischen Integrationsfonds eingereicht. Leider, ich sage das auch, leider wurde das von der Innenministerin Fekter abgelehnt. In diesem Sinne stimmen wir natürlich, Sigi, deinem Dringlichen zu.

GRin. Sissi **Potzinger**: Geschätzter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Karl-Heinz Herper hat gerade gesprochen von einem Dolmetschpool mit 55.000 Euro. Da darf ich wohl anmerken, das ist lächerlich wenig. Seit Monaten, ja seit Jahren diskutieren wir dieses Thema, dass dringend Aufstockungsbedarf gegeben ist und zwar insbesondere in Graz. Ich bin der Kollegin Binder sehr dankbar, dass sie wirklich sehr umfangreich, detailliert dargelegt hat die Bedeutung des rechtzeitigen Erwerbs der Landessprache. Ich spreche immer wieder davon, dass Kindergartenkinder den Rucksack des Sprachdefizits schon in der Schultüte mithaben am ersten Schultag, wenn ich denke an die vielen hundert Kinder, die jetzt im Herbst in die Schule kommen werden und nach wie vor ungenügend Deutsch können und wir da jetzt dringenden zusätzlichen Bedarf haben, wo wir beim Land bisher auf taube Ohren gestoßen sind, ist es mehr als begrüßenswert, dass Frau Kollegin Binder diesen Antrag gestellt hat und wir unterstützen den sehr gerne. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Benedik**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sigi Binder! Natürlich unterstützen wir Ihren Antrag. Wir Freiheitlichen gehen sogar soweit, dass Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache und Kinder mit Sprachdefiziten ab drei Jahren in einer Kinderbetreuungseinrichtung sprachlich betreut werden. Wir kennen uns nicht aus bei diesem Missverständnis von unserem Herrn Bürgermeister beziehungsweise vom Kollegen Thomas Rajakovics, wo es heißt, wir wären gegen diese Sprachförderung der deutschen Muttersprache, das sind wir nicht. Wir sind gegen die Sprachförderung der eigenen Sprache, weil es immerhin in Graz bis zu 58 Sprachen gibt und ich glaube, das kann man sich wohl kaum leisten. Deswegen begrüßen wir diesen Kindergartengipfel und stimmen natürlich dem Dringlichen und dem Antrag natürlich zu (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Binder**: Ich freue mich, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass dieser Antrag so große Zustimmung erhält und ich danke auch der Frau Kollegin Benedik, dass sie noch einmal darauf hinweist, dass eine Förderung so früh wie möglich ansetzen

muss. Drei Jahre, ja volle Unterstützung und ich hoffe, wir kommen einen großen Schritt weiter. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Wochengeldbezug für Unternehmerinnen

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die noch da sind! In meinem Antrag geht es um Wochengeldbezug für Unternehmerinnen. Bereits über 31 % aller Selbständigen in Österreich sind Frauen, das ist eine sehr erfreuliche Tatsache, es gibt hiermit bereits rund 130.000 Frauen, die selbständig erwerbstätig sind, in Österreich. 40 % aller neuen Unternehmen werden von Frauen gegründet und sie sind besonders im Dienstleistungssektor, also zum Beispiel als Friseurinnen, Fußpflegerinnen, aber auch im Druck- und Direktvertrieb tätig. In Graz beziehungsweise in der Steiermark ist es so, dass 78,3 % der steirischen Unternehmen sogenannte Ein-Personen-Unternehmen sind, das heißt, sie arbeiten ganz allein sozusagen oder sie leiten Kleinstbetriebe mit nur wenigen MitarbeiterInnen. Der Eigenkapitalpolster dieser Unternehmen ist sehr gering. In der Regel viel weniger Eigenkapital da als bei Ein-Personen-Unternehmen, die von Männern betrieben werden. Das liegt einerseits daran, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern am Arbeitsmarkt nach wie vor sehr groß sind, aber auch, dass Frauen wenig Chancen haben, in gut bezahlte Führungspositionen zu kommen beziehungsweise dass es nach wie vor so ist, dass der überwiegende Teil der Betreuungsarbeit von Frauen übernommen wird. Daher starten diese Frauen, wenn sie sich selbständig machen, mit bedeutend weniger Kapital in die unternehmerische Laufbahn und müssen daher auch oft teurere Kreditraten zahlen, weil sie einfach die Sicherstellungen nicht haben.

Wenn die Unternehmerinnen Kinder bekommen, dann wird ihre Selbständigkeit wirklich oft zu einer Armutsfalle. Sie arbeiten entweder bis kurz vor der Geburt oder gleich danach wieder oder sie bringen ihr Unternehmen in existenzielle Schwierigkeiten. Derzeit sieht die Wochengeld-Regelung so aus, dass rund 770 Euro pro Monat Wochengeld bezahlt wird. 8 Wochen vor bis 8 Wochen nach der Geburt, und von diesen 770 Euro fallen weiterhin Sozialversicherungsbeiträge an, das heißt, die werden reduziert um die Sozialversicherungsbeiträge. Und gleichzeitig ist das Wochengeld an die Einstellung einer betriebsfremden Arbeitskraft geknüpft, was gerade bei Ein-Personen-Unternehmen oft sehr schwierig ist, weil die sehr in speziellen Bereichen arbeiten und das gar nicht so einfach ist, jemanden zu finden, der ganz genau diese Tätigkeit als Ersatz leisten kann.

Daher stelle ich seitens des grünen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge im Petitionsweg mit folgendem Inhalt an den Bundesgesetzgeber herantreten:

Um existentielle Schwierigkeiten von Unternehmerinnen, die Kinder bekommen, in Zukunft zu verringern, wird der Bundesgesetzgeber ersucht, eine Gesetzesänderung im Bereich Wochengeld für Unternehmerinnen im Sinne der nachfolgenden Punkte zu veranlassen:

1. Das Wochengeld für Unternehmerinnen hat - wie das Wochengeld von ArbeitnehmerInnen - 100 % des letzten Einkommens, zumindest jedoch 1.000 Euro monatlich zu betragen;
2. die Verpflichtung zur Einstellung einer betriebsfremden Arbeitskraft für vier Monate wird ersatzlos gestrichen;
3. die Auszahlung des Wochengeldes hat unabhängig von der Einstellung einer Vertretung zu erfolgen.

GR. **Hötzl** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Mag. Pavlovec-Meixner! Man merkt, der Wirtschaftskammerwahlkampf, ist eröffnet. Die grüne Wirtschaft ist mitten im Wirtschaftskammerwahlkampf, sogar der Grazer Gemeinderat wird jetzt dazu mehr oder weniger missbraucht für einen Antrag, der auf Petitionswege an den Nationalrat geht und, Frau Mag. Meixner, Sie wissen genau, dass das sehr zahnlos ist, dass das nicht sehr viel bringen wird. Der Inhalt und die Dringlichkeit ist sicherlich gegeben auf jeden Fall, aber da geht es mehr um Populismus, der eigentlich uns immer vorgeworfen wird, den Sie in Reinkultur jetzt leben. Ein Petitionsantrag ist zahnlos, das wissen Sie, und er wird wahrscheinlich erst dann behandelt oder wahrscheinlich, der wird sicher erst dann behandelt werden, wenn die Wirtschaftskammerwahl längst vorbei ist. Die Schwarzen, nämlich die ÖVP und der Wirtschaftsbund, geben zwar jetzt vor, sich für kleinere und mittlere Betriebe zu interessieren oder deren Anliegen ernst zu nehmen und da geht es hauptsächlich um kleine und mittlere Betriebe. Wenn der Wirtschaftskammerwahlkampf vorbei ist, wird das Interesse gegen null gesunken sein. Dringlichkeit ja, Inhalt ja, aber leider, die entscheidende Kraft, die schwarze Partei, die ÖVP und der Wirtschaftsbund, wird auf Grund der zeitlichen Verzögerung nicht mitspielen. Danke (*Applaus FPÖ*).

StRin. **Edlinger**: Liebe Kollegin Pavlovec-Meixner! Folgendes, wir können den Antrag, den du einbringst, jetzt nicht quasi Wort für Wort unterstützen in der Form deiner Forderungen. Weil es stellen sich einfach verschiedene Fragen, die man in Wirklichkeit vorher noch differenzierter diskutieren müsste. Ich bringe jetzt nur als ein Beispiel die Forderung, dass das Wochengeld (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) dann mindestens 1000 Euro ausmachen sollte. Das ist für uns nur vorstellbar, wenn selbiges auch für unselbständig Beschäftigte gelten würde. Hier haben wir die Regelung mit mindestens 1000 Euro Wochengeld nicht. Und gerade in Anlehnung eines Mindestlohns von 1000 Euro würde uns aber dort diese Regelung für sinnvoll erscheinen. Gerade, weil wir auch wissen, dass kurz vor der Geburt und nach der Geburt eines Kindes auch viele Anschaffungen zu tätigen sind für Familien, würden wir das gerechtfertigt sehen (*Applaus SPÖ*). Ein anderer Punkt ist, dass für uns die Frage Streichung der Ersatzkraft generell auch eigentlich einer näheren

Betrachtung (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) hier Sinn machen würde, weil man vielleicht unterscheiden sollte zwischen größeren Unternehmen und einfachen EPU's, und um was es uns da in dem Zusammenhang auch geht ist, dass Streichung der Ersatzkraft nicht quasi erste Schritte sein können und bestehende Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen, die aus gutem Grund bestehen, acht Wochen vor der Geburt und acht Wochen nach der Geburt, dass das nicht quasi so eine schleichende Entwicklung ist, dass es hier zu Verschlechterung bei bestehenden Schutzbestimmungen kommt. Das waren jetzt nur zwei Punkte, die ich angeführt habe, trotzdem haben wir gesagt, es geht uns um das Signal, wir wissen, dass gerade die Unternehmerinnen, wenn sie quasi Ein-Frauen-Unternehmen haben, oft große, große Schwierigkeiten haben, hier über die Runden zu kommen, sich gerade aus diesen Schwierigkeiten oft gegen Kinder entscheiden. Wir wissen, dass generell von allen Unternehmerinnen 71 % der Unternehmerinnen Mütter sind, davon ein Viertel Alleinerzieherinnen, die auch große Schwierigkeiten haben. Deswegen haben wir gesagt, ok, für uns sind zwar viele Fragen offen, wir sehen Gefahren in der undifferenzierten Forderung, so wie sie da stehen, aber wir halten einfach das Signal für sehr wichtig, dass Frauen, die hier Schwierigkeiten haben, quasi eine bessere Unterstützung und Sicherstellung haben. Nur einen Punkt noch zum Abschluss, wir haben jetzt schon eine gewisse Schiefelage, was Fragen der Finanzierung anlangt, nämlich zu Ungunsten jener Töpfe, die eigentlich von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen gespeist werden. Deswegen sagen wir auch eines, wenn es hier zu einer Gleichstellung kommen soll, dann bitte auch zu einer Gleichstellung in der Finanzierung, das heißt, es muss auch im System des sozialen Sicherungswesens der Selbstständigen hier eine Verankerung finden und kann nicht zu Lasten jener Töpfe gehen, die von Arbeitnehmer-/Arbeitnehmerinnenanteilen her gespeist werden, aber ja zur Dringlichkeit und auch zum Antrag aus den genannten Gründen (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Baumann** zum Antrag: Weniger zum Antrag, wie zu dieser Aussage von dir, Elke. Also mich beschleicht ein Verdacht, dass wenn eine andere Fraktion ein soziales Thema aufgreift, dass das von dir einfach nicht genommen wird. Warum siehst du nicht, dass mit diesem Antrag Unternehmerinnen, die in einer prekären Situation sind, vor der Geburt und nach der Geburt zu unterstützen sind ohne Wenn und ohne Aber (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Frölich**: Liebe Antragstellerin! Wir haben ja vorher schon ein wenig gesprochen. Wir haben der Dringlichkeit Ihres Antrages zugestimmt (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) und tun das natürlich auch in der Sache selbst, wie wohl ich dem Kollegen Hötzl natürlich Recht gebe, das Instrument des Antrages in Form dieses Petitionsantrages ist natürlich ein wenig zahnlos, aber es geht immerhin um sehr, sehr viele, nicht nur Klein- und Mittelbetriebe und betroffene Unternehmerinnen, sondern es geht vor allem um die EPU's und die Ein-Personen-Unternehmerinnen, die da in dieser Situation gegenüber Dienstnehmerinnen, unselbständigen Dienstnehmerinnen, stark benachteiligt sind. Es freut mich insbesondere, dass Sie das Thema jetzt auch aufgreifen, Wirtschaftskammerwahl hin oder her, weil wir als Wirtschaftsbund und insbesondere über unsere Bundesvorsitzende Frau in der Wirtschaft, Adelheid Fürntrath-Moretti, seit geraumer Zeit mit den zuständigen Stellen im Gespräch sind, um diese 25,57 Euro Tagessatz zu 50 Euro zu machen. Es gibt entsprechende Gespräche mit der Staatssekretärin Marek und auch mit dem Herrn Vizekanzler, die im Laufen sind, es gibt entsprechende Fortschritte seit geraumer Zeit und ich denke, es ist ein ganz wichtiger Punkt auch im Hinblick auf die Betriebshilfe, die auch angesprochen ist, die ja nicht nur im Bereich des Wochengeldes schlagend wird, sondern auch in anderen Notsituationen bei Unternehmerinnen Hilfe stellt unter bestimmten Voraussetzungen. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir da an die Unternehmerinnen denken und gemeinsam versuchen, eine Verbesserung in diesem Bereich für die betroffenen Unternehmerinnen herbeizuführen. Deshalb unsere Zustimmung, auch wenn einige Formulierungen des Antrages jetzt nicht ganz so sind, wie wir uns das vorstellen würden, aber für die Sache wollen wir hier auf jeden Fall mitgehen und stimmen dem Antrag zu (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Bergmann:** Also wir werden diesem Antrag auch unsere Unterstützung geben. Ich würde in dieser Form gar nicht so sehr von Unternehmerinnen sprechen, sondern eher von einer Zahl der Selbständigen und im Hinblick auf die Zukunft auch ist die Tendenz da, dass immer mehr Menschen, die am Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, notgedrungen in diese neue Selbständigkeit gezwungen werden und da möchte ich eben nicht jetzt von Unternehmerinnen sprechen, weil Unternehmen sind für mich immer, die sich auch duplizieren und wo es vielleicht auch wesentlich leichter geht, dass Unternehmerinnen sozusagen in den Mutterschutz gehen, aber für diese neuen Selbständigen, die immer mehr werden, ist es, glaube ich, ganz, ganz wichtig, dass es in dieser Frage auch eine Absicherung gibt und daher unterstützen wir auch diesen Antrag (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner:** Ganz kurz einige Anmerkungen von mir. Als Erstes zu dir, Elke. Ich habe ausdrücklich gesagt, dass 1000 Euro Wochengeld das ist, was wir fordern, davon werden aber die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen, und die machen doch einiges aus, einige hundert Euro, das heißt, es handelt sich ja nicht um 1000 Euro, die die selbständigen Frauen da bekommen, sondern um weniger. Nur um dir diese Sorge zu nehmen, und dann möchte ich noch sagen, dass es so ist, dass mich die Wortmeldung vom Herrn Gemeinderat Hötzl etwas wundert, weil die grüne Wirtschaft hat im November 2009 einen Antrag eingebracht im Wirtschaftsparlament, der dort von allen Parteien mitgetragen wurde, also auch vom Ring freier Wirtschaftstreiber. Ich vermute mal, dass die Vertreter vom RFW nicht anwesend waren so ähnlich wie bei mir in der Fachgruppe Werbung- und Marktkommunikation, da habe ich den Vertreter vom RFW nämlich genau einmal gesehen bei der konstituierenden Sitzung und daher dürften Sie nicht wissen, dass der RFW im Wirtschaftsparlament diesem Antrag zugestimmt hat. Das möchte ich Ihnen als Information geben. Dann möchte ich mich ganz herzlich bedanken für die Unterstützung von den Kolleginnen und Kollegen und bitte um Zustimmung.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

6) Förderung des Lifteinbaus in Sozialbauten bei Bedarf von Menschen mit Behinderung – Petition an den Landtag

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Lieber Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Dringlichkeitsantrag ist eine Petition ans Land und betrifft die Förderung des Lifteinbaus in Sozialbauten bei Bedarf von Menschen mit Behinderung. Die Problematik des fehlenden Einbaus von Liften in Altbauwohnungen ist durch Meldungen der letzten Tage stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit getreten.

Viele Menschen mit Behinderung leben in Wohnhäusern, die für sie nicht selbständig zugänglich sind, weil Rampen oder Lifte fehlen. Oft leben diese Menschen schon sehr lange in ihrer Wohnung und die Behinderung hat sich erst zu einem späteren Zeitpunkt ergeben.

Würden die notwendigen Maßnahmen getroffen, um Menschen mit Behinderung den Zugang zu ihren Häusern zu ermöglichen, wäre ein Herausreißen aus der gewohnten räumlichen und sozialen Umgebung mit allen damit verbundenen Nachteilen zu vermeiden. Da der nachträgliche Einbau eines Liftes im Sinne des Mietrechtsgesetzes keine „Erhaltung“, sondern eine „Verbesserung“ darstellt, scheitert dieser allerdings sehr oft an den hohen Kosten, die damit verbunden sind und von den Mietern über Annuitäten zurückgezahlt werden müssen.

Die Mittel dafür dürfen nämlich nicht aus der Mietzinsreserve entnommen werden. Daher ist es eine Grundvoraussetzung, alle Mieterinnen und Mieter zu befragen, wobei ihre Zustimmung notwendig ist.

Lösbar ist dieses Problem nur durch finanzielle Hilfe der öffentlichen Hand.

Bei Wohnungen, die als Sozialwohnungen zu qualifizieren sind - also Mietwohnungen von Gemeinden oder Genossenschaften - sollte der Einbau eines Liftes und einer Rampe zu 100 Prozent in Form eines nicht rückzahlbaren Annuitätenzuschusses gefördert werden.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz wendet sich in Form einer Petition an den steirischen Landtag mit dem Ersuchen (*Der Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), die nötigen Maßnahmen zu setzen, damit im Rahmen der Wohnbauförderung der Einbau eines Liftes und/oder einer Zugangsrampe zumindest in Mietwohnhäusern von Genossenschaften oder Gemeinden zu 100 Prozent in Form eines nicht rückzahlbaren Annuitätenzuschusses gefördert wird (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Zur Dringlichkeit, das Problem ist schon lange bekannt, das Problem ist mindestens bekannt seit dem Jahr 2004, dieses Problem, dass MieterInnen die Wohnungen nicht mehr verlassen können, dass ein Lifteinbau kostet, ja das ist alles bekannt, es ist ein Problem, das dringlich gelöst werden soll. Die Art der Lösung, ja Frau Wohnungsstadträtin, über das können wir dann auch noch beim Antrag diskutieren.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe KollegIn! Die Grazer VP setzt sich ja seit Jahren für den Abbau von Barrieren ein. Auch heute werden wir noch einen ganz tollen Antrag von meinem Kollegen Mario Kowald für einen besseren Zugang des LKH hören. Aber natürlich haben diese ganzen Anliegen und Initiativen kein parteipolitisches Kapperl oder Mascherl, deshalb werden wir diesen Antrag grundsätzlich unterstützen. Allerdings ist das aktuelle Förderungsprogramm des Landes einmal heranzuziehen und auf dieses Förderungsprogramm gehört aufgebaut. Ich habe mir das Ganze einmal genau angeschaut und auch mit dem Land Rücksprache gehalten, die Abteilung 15 hat mir folgende Auskunft gegeben: Im Rahmen der kleinen Sanierung wird ein 15%-iger nicht rückzahlbarer Annuitätenzuschuss gewährt. Bei der umfassenden Sanierung sind es 45 % und dann gibt es noch für Einzelfälle, also für Menschen, die eine Behinderung vorweisen, eine persönliche Förderungsmöglichkeit, wo der

Quadratmeter mit 145 Euro gefördert wird. Der Vorschlag der KPÖ ist aus mehreren Gründen abzuändern aus unserer Sicht. Der erste Grund ist, dass, so wie es jetzt vorliegt, dass dieses Konzept nicht finanzierbar ist, zweiter Punkt, die ganzen Genossenschaften werden sich mit so einem Vorschlag aus der Verantwortung ziehen und die dritte Sache, die speziell für die KPÖ aus meiner Sicht komisch ist, man würde indirekt eigentlich die Banken fördern. Warum? Die Genossenschaft nimmt für den Lift ein Darlehen auf und die öffentliche Hand, das Land Steiermark, muss nachher den Lift zu 100 % zurückzahlen plus die Zinsen. Und jetzt, weil wir wirklich eine Verbesserung möchten, werde ich einen Abänderungsantrag stellen und zwar: Die Stadt Graz wendet sich in Form einer Petition an den Steiermärkischen Landtag mit dem Ersuchen, die nötigen Maßnahmen zu setzen, damit im Rahmen der Wohnbauförderung der Einbau eines Liftes und/oder einer Zugangsrampe zumindest in Mietwohnhäusern von Genossenschaften und Gemeinden in Form eines höheren, nicht rückzahlbaren Annuitätenzuschusses beziehungsweise Darlehens als bisher gefördert wird. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Zum Inhalt, es war natürlich auch zu erwarten, dass ob der Zeitungsberichterstattung vom „Grazer“ letzte Woche ein Antrag von der KPÖ zu diesem Thema kommen wird. Es hat mich allerdings etwas erstaunt und das war die Ausrichtung des Antrages, nämlich dahingehend, dass im vorigen Jahr, zu Beginn vorigen Jahres die Frau Wohnungsstadträtin Kahr eine generelle Finanzierung für den Lifteinbau abgelehnt hat und zwar mit der Begründung, also wenn die öffentliche Hand, und hier war die Stadt gemeint, aber wenn die öffentliche Hand den Lifteinbau zahlt, so dass den MieterInnen keine Kosten für den reinen Einbau entstehen, hat sie abgelehnt mit den Worten: „Eine solche Vorgehensweise wäre auch gegenüber jenen zahleichen MieterInnen, die den Lifteinbau in ihrem Hause selbst bezahlen beziehungsweise bezahlt haben, nicht vertretbar.“ Und insofern ist dieser Antrag der KPÖ beziehungsweise der Kollegin etwas erstaunlich, das heißt, wenn es nicht die Stadt zahlen muss, sondern vollständig dann Land, dann ist es schon wieder in Ordnung. Nichtsdestotrotz, es liegt eine Vorlage da mit einer 100-%-Finanzierung, Abänderungsantrag der ÖVP, aber das um das es noch wichtig weitergehend ist, dass sind die laufenden Kosten, und wer die Geschichte auch kennt,

beziehungsweise auch Kontakt hatte, weiß, dass der Lifteinbau selbst ja nicht das Problem ist, sondern auch die laufenden Kosten in Ergänzung zum Einbau und hier habe ich auch mit MieterInnen gesprochen beziehungsweise auch vom Wohnungsamt damals im vorigen Jahr in Erfahrung bringen können, dass die zusätzlichen Belastungen etwa 100 Euro pro Monat betragen und dass das mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht wohnbeihilfenfähig ist, weil es ja immer davon abhängt, welches Bauwerk hier gegeben ist. Also hier hat es schon ein Erstaunen gegeben von meiner Seite hinsichtlich der Vorgehensweise, die die KPÖ gewählt hat. Auch weiteres Erstaunen war nämlich auch mit dem Vorschlag, dass es ein 100-%iger Zuschuss werden sollte und dass man hier auch eine Änderung des Förderungsregimes, nämlich weg vom Landesdarlehen hin zum Annuitätenzuschuss, wählt. Wir unterstützen jedenfalls die Lösung dieser Problematik, aber ich möchte auch gerne wissen, wie schaut es mit den laufenden Kosten aus. Ich habe hier einen Zusatzantrag vorbereitet und ersuche die Wohnungsstadträtin, ehe diese Petition an das Land übermittelt wird, dass wir genau im Wohnungsausschuss dahingehend informiert werden, wie es auch beim Lifteinbau ausschaut mit den zusätzlichen laufenden Kosten, nämlich mit den Belastungen für die Mieterinnen und Mieter, weil ansonsten ist es wieder ein Über-den-Kopf-Hinwegentscheiden und wesentlich ist auch, welche Alternativregelungen stehen grundsätzlicher Art zur Verfügung. Danke.

Bürgermeisterstellvertreterin Rücker übernimmt um 19.35 Uhr den Vorsitz.

StRin. **Kahr:** Sehr geehrte Damen und Herren! Den dringlichen Antrag haben wir heute hier gestellt, es ist richtig, weil auch vor kurzem wieder eine Zeitungsmeldung ist, aber es ist nicht der erste Antrag, den wir zu dem Thema stellen, sondern meine Kollegen im Landtag haben diesen Antrag schon zweimal dort gestellt und das nicht erst nach der Zeitungsmeldung, sondern schon letztes Jahr und vorletztes Jahr, das ist auch nachzulesen und hat teilweise auch die Unterstützung von Kollegen und Kolleginnen im Landtag erfahren, das ist das eine. Wie meine Kollegin Ulli Taberhofer im Motivenbericht richtig angeführt hat, ist unser Problem bei den

stadteigenen Gemeindewohnungen, dass wir gerade, weil natürlich ein Liftanbau für die Mieter und Mieterinnen hohe Belastungen darstellt, von der Errichtung angefangen bis hinzu den laufenden Kosten, ist es natürlich selbstverständlich, das schreibt auch das Mietrechtsgesetz vor, dass wir nicht drüberfahren können über die Mieter, sondern immer auch die Mieter und Mieterinnen fragen müssen, ob sie für den Anbau eines Liftes sind oder nicht. Und leider ist es natürlich so, und das ist natürlich auch aus verständlichen Gründen sehr oft so, dass viele dann sagen, nein, ich nehme lieber einen Wohnungswechsel in Kauf in eine Parterrewohnung, wo das Wohnungsamt auch immer sehr entgegenkommend ist und hier eigentlich auch immer eine gute Lösung finden konnten, ist es halt meistens so, dass es eben dann nicht zu einem Lifteinbau kommt, obwohl es auf der anderen Seite natürlich wünschenswert wäre. Der Versuch von unserer Seite, hier eine Lösung zu finden, mündet genau in diesen Antrag, weil wir als Stadt Graz, das Wohnungsamt hat diese Mittel nicht, wir können es weder aus der Mietzinsreserve nehmen, wir können es nicht aus einem anderen Budgettopf nehmen, wir könnten es nur dann machen, da hat die Kollegin Bauer vielleicht in einem Punkt Recht, wenn der Finanzstadtrat Rüschi sagt, er nimmt zusätzlich Mittel in die Hand für den Anbau und gibt es dem Wohnungsamt für den Anbau von Liften. Ob das gelingt, das kann man in Budgetgesprächen durchaus verhandeln. Ich glaube aber, dass er es nicht haben wird, so sehe ich den sinnvollsten Weg über das Land und dass über die Wohnbaufördermittel ein höherer Zuschuss kommt. Wir haben 100-%-Förderung gemeint, weil wir natürlich auch wissen, dass die laufenden Kosten noch hoch genug sind für die Mieterinnen und Mieter, aber wenn es gelingt, schon eine höhere Förderung als wie bisher zu erreichen, dann ist es zumindest auch ein kleiner Erfolg. Insofern wäre dem Abänderungsantrag von Herrn Gemeinderat Hohensinner durchaus auch möglich ihm zuzustimmen. Die Anmerkungen von ihm sind richtig, 15 % ist es bei der kleinen Sanierung, 45 % beträgt es bei der umfassenden Sanierung, dadurch erreichen wir bei den Mieterinnen und Mietern auch eine höhere Zustimmung, wenn wir die umfassende Sanierung machen (*Applaus KPÖ*).

GRin. Mag.^a **Taberhofer**: Es freut mich, dass es eine große Zustimmung geben wird, wenn es auch unterschiedliche Lösungsansätze oder durch die Abänderungsanträge

das deutlich wird. Eines ist wichtig, dass man das zum Thema macht, dass es also zur Sicherstellung der Mobilität der Bewohner und Bewohnerinnen eine finanzielle Entlastung geben muss, das ist für uns ganz sicher der wesentliche Punkt. Trotzdem werden wir bei unserem ursprünglichen Antrag in der Form bleiben und ich denke, es ist trotzdem sichergestellt, dass auf Landesebene dieses Thema intensiver diskutiert wird und Varianten, Lösungsmöglichkeiten sich überlegt werden und man eben zur Entlastung der Mieter und Mieterinnen einen Akzent setzen muss. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Abänderungsantrag der ÖVP wird mit Mehrheit angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Jetzt kommen wir zur Abstimmung des Zusatzantrages, der eingebracht worden ist von Susi Bauer.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ehe diese Petition an das Land übermittelt wird, wird der Wohnungsausschuss von der zuständigen Wohnungsstadträtin dahingehend informiert, mit welchen laufenden Kosten die MieterInnen beim Einbau eines Liftes zu rechnen haben und welche Möglichkeiten in Betracht gezogen werden können, dass die MieterInnen dadurch nicht zusätzlich unverhältnismäßige Betriebskostenerhöhungen drohen.

Der Zusatzantrag von GRin. Mag.^a Bauer wurde einstimmig angenommen.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Damit ist der Antrag in abgeänderter Form mit Zusatzantrag beschlossen.

7) Schlechtwetterticket

GR. Ing. **Lohr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Ing. **Lohr**: Werte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrter Gemeinderat! Es geht um das Schlechtwetterticket. Eine große Zahl an Grazer Bürgern ist in unserer Stadt zu Fuß oder per Fahrrad unterwegs. Diese Personengruppe benützt zumeist nur bei Schlechtwetter die öffentlichen Verkehrsmittel. Demzufolge ist für diese Klientel auch das Jahresticket der GVB nicht von Interesse.

Es zeigt sich also, dass das aktuelle Angebot der GVB den Bedürfnissen einer flexibler werdenden Gesellschaft nicht entspricht. Im Interesse der Bürger sowie aus Sicht des Unternehmers darf aber von den Grazer Verkehrsbetrieben durchaus erwartet werden, dass seitens der Geschäftsführung mit ähnlich flexiblen Angeboten auf die Wünsche des Kunden reagiert wird.

In diesem Zusammenhang stellt die Einführung eines Schlechtwettertarifes ein attraktives Angebot an zahlreiche Fahrgäste dar. Eine nach diesem Tarif erworbene Schlechtwetterkarte soll nur an Regen- und Eistagen Gültigkeit besitzen und zeitlich als Jahreskarte käuflich sein. Aufgrund der Genauigkeit der Wettervorhersagen lässt sich nämlich Schlechtwetter zumindest bereits einen Tag vorhersagen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die künftigen Schlechtwetterkartenbesitzer könnten also via Homepage und SMS-Dienst, das ergänze ich jetzt hier im Motivenbericht, die Gültigkeit der Karte erfragen. Ein an Haltestellen, an Straßenbahnen und Bussen angebrachtes Symbol wäre geeignet, um auf die Gültigkeit der Karte hinzuweisen.

Basierend auf der statistischen Tatsache, dass es in Graz jährlich 140 Regen- und zehn Eistage gibt, ließe sich auch ein adäquater Ticketpreis ermitteln.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker wird ersucht, mit dem verantwortlichen Personenkreis der GVB in Kontakt zu treten, um im Sinne des obigen Motivenberichtes die Einführung eines Schlechtwettertarifes anzuregen. Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker wird zudem ersucht, dem Gemeinderat alsbald über den Verlauf und die inhaltlichen Ergebnisse gegenständlicher Unterredung zu berichten (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schröck** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Lohr! Ich mache es ganz kurz. Ich muss einmal meiner großen Sorge Ausdruck verleihen, welchen Stand du in deiner eigenen Partei hast. Hättest du Freunde in der Partei, hätten sie dich diesen Antrag nicht stellen lassen, zeigt doch von einer gewissen Genügsamkeit. Du kannst ja nicht allen Ernstes, wie stellst du dir das vor? Du steigst in Andritz ein in die Straßenbahn, da regnet es, am Jakominiplatz ist dann wieder schönes Wetter und dann zahlst du Strafe. Ich hoffe, dass das eine verspätete Faschings-Büttenrede war von dir, wir werden diesem Antrag natürlich nicht zustimmen, weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt und ich denke, es werden mir viele in diesem Saal gleichtun. Danke.

GR. **Mayr**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ein bisschen recherchiert und ich habe zu dem Thema ein paar Bauernregel gefunden. Ihr wisst alle, im Mandlkalender ist das Wetter ja auch ziemlich genau schon festgeschrieben, aber es gibt ja wirklich schöne Bauernregeln zum Beispiel: „Dreht mehrmals sich der Wetterhahn“, also man müsste natürlich auf der GVB-Zentrale müsste man den Wetterhahn auch noch entsprechend anbringen, „dreht mehrmals sich der Wetterhahn, so zeigt er Straßenbahnen an. Geht die Sonne feurig auf, folgen Bim und Bus darauf“, weil wenn die Sonne feurig aufgeht wird es dann auch meistens regnen. „Hat der Berg einen Hut, wird das Wetter gut, trägt er einen Degen, bringt die GVB uns Segen“ und der schönste, weil er immer stimmt, die schönste

Bauernregel ist ja allseits bekannt: „Kräht der Hahn auf dem Mist, fahren wir mit der Straßenbahn oder nicht“, soweit dazu (*Applaus ÖVP*). Ein bisschen möchte ich dann doch noch eingehen, also es stellt sich natürlich in erster Linie die Frage nach der Gleichbehandlung. Wenn wir Jahreskarten nach der Schönwetter- oder Schlechtwetterregel verkaufen, was machen die mit der wetterunabhängigen Jahreskarte, die werden sich beschweren. Dann, Kollege Schröck hat auf die durchaus zutreffende Problematik hingewiesen, dass das Stadtgebiet von Graz durchaus schon eine gewisse Größe erreicht und wir im Osten und Westen nicht immer das gleiche Wetter vorfinden und auch die Wettervorhersagen nicht ganz so verlässlich sind, also im Großen und Ganzen für uns ist das auch noch nicht ausgereift genug, hier der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen zu können. Ein Hinweis allerdings in den Gesprächen und immer wieder natürlich auch in den Versuchen bei der Feinstaubproblematik weiterzukommen, gibt es auf der einen Seite einmal eine derzeitige Tarifierung für die Wintersaison, das vielleicht noch mehr zu konzentrieren auf die Feinstaubsaison November/Februar wäre eine Möglichkeit. Aber derzeit können wir diesem Antrag nicht näher treten (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich melde mich jetzt selbst zur Dringlichkeit, und zu dieser Situation mit dem Wetter will ich nicht viel sagen, aber ich teile nicht in allen Punkten die Polemik, die jetzt auf diesen Antrag trifft, weil es durchaus ein sehr starkes Bedürfnis von Menschen gibt, die eben zum Beispiel die Hauptzeit des Jahres mit dem Fahrrad unterwegs sind, in der Jahreszeit, wo sie das Fahrrad aus technischen und fahrtechnischen Gründen gerne stehenlassen würden, auch aus Sicherheitsgründen, dann eine gute Möglichkeit haben, den ÖV zu benutzen. Der Vorschlag, ein Schlechtwetterticket einzuführen, ist aus den schon genannten Gründen ganz schwierig technisch umzusetzen, weil es eben die Tatsache gibt, dass wir da wirklich eine ganz schwierige Form finden würden, wie wir das administrieren sollen. Allerdings habe ich sehr wohl schon seit letztem Jahr Verhandlungen aufgenommen, die bis jetzt noch nicht gut gegangen sind, das muss ich dazusagen, weil ich da mit dem Verkehrsverbund verhandle. Für eine Form eines Tickets, wo es darum geht, ein sogenanntes Umweltticket, eine 24-Stunden-Karte im Zehnerblock, also ermäßigt im Vorverkauf genau für diese Zielgruppe zur Verfügung zu stellen,

dass die Leute, die vereinzelt einen Tag lang die GVB nutzen wollen, weil sie eben ihr Fahrrad stehenlassen, wirklich im Vorverkauf vergünstigt eine 24-Stunden-Karte schon im Zehnerblock bekommen können. Allerdings habe ich da die Zustimmung von der GVB, aber nicht von den 56 Verkehrsunternehmen der Steiermark, bis jetzt erreichen können, aber das ist durchaus ein Thema und in dem Sinn kann ich der Dringlichkeit zu diesem Antrag mit diesem Text nicht zustimmen, aber das daran gearbeitet wird, hier auch Angebote genau für diese Zielgruppe zu entwickeln, ist eine Tatsache und ich sehe das durchaus als ernst zu nehmenden Antrag und danke auch dafür, dass er eingebracht wurde. Aber der Dringlichkeit und dem Antrag in dieser Form können wir so nicht zustimmen.

GR. Ing. **Lohr**: Danke, Frau Vizebürgermeisterin! Also zuerst einmal zum Herrn Kollegen Schröck. Also das war ja kein Faschingsscherz, das war schon ein bewusster Antrag und es gibt eben Bedarf, weil eben viele Leute zu Fuß oder mit dem Fahrrad unterwegs sind und gerade an Regentagen eben auf die GVB umsteigen. Wenn du da intellektuell noch ein bisschen überfordert bist, werden wir das dann nachher in der Pause klären. Jedenfalls geht es um die tageweise Gültigkeit, das ist natürlich logisch, dass das immer ein/zwei Tage davor angekündigt wird und dann natürlich für 24 Stunden gültig ist. Wir haben gedacht, dass das durchaus aus dem Antrag hervorgeht. An den Kollegen Mayr, ja also mit den Bauernsprüchen, mit deinem Namen ist mir jetzt nichts eingefallen, aber regnet es im Mai, ist der April vorbei, also diese Scherze kennen wir alle, es geht hier schon um einen sachlichen Antrag und ich bin auch froh, dass mich die Frau Vizebürgermeisterin, was ja nicht so oft vorkommt, hier inhaltlich verteidigt, es ist natürlich eine Umweltmaßnahme, die im Sinne der Stadt und der Umwelt auch ist, Feinstaubreduktion, und das soll ja den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel fördern. Also ich hoffe, dass Sie trotzdem die Verhandlungen weiter treiben und dass wir dann im nächsten Jahr vielleicht schon so ein Ticket oder zumindest in einer anderen Form das Ticket erhalten und ich bitte dennoch um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Erstellung eines Sicherheitskonzepts für den Schloßberg-Stollen

GR. **Schröck** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schröck**: Verehrte Damen und Herren! Der Schloßberg-Stollen-Durchgang vom Schloßbergplatz zum Karmeliterplatz ist nicht nur für uns Grazerinnen und Grazer ein liebgewordener und unverzichtbarer Weg von der Innenstadt zum Schloßberg und zu Veranstaltungen im „Dom in Berg“ geworden, er stellt vor allem auch ein touristisches Highlight für Besucherinnen und Besucher unserer Stadt dar. Das Erlebnis, durch den Schloßberg als Wahrzeichen unserer Stadt Graz spazieren zu können, ist für viele Touristen ein Höhepunkt ihres Aufenthalts in der steirischen Landeshauptstadt und auch für uns als Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz nach wie vor eine Attraktion.

Aber anstand diesen Stollen-Durchgang als Verbindungsweg von Ober- und Unterstadt zu pflegen, als Touristenattraktion und Veranstaltungsort noch attraktiver und sicherer zu gestalten, lässt die Stadt Graz diesen Stollen leider zu einer Müllhalde verkommen, in der Jugendliche ungehindert und ungeniert Alkoholika und andere Substanzen konsumieren und diese dann ihren Müll in Form von Flaschen, Dosen, usw. an Ort und Stelle ihres Konsums zurück lassen.

Noch viel dramatischer stellt sich die Situation aber dar, wenn der Stollen als vor Blicken und Dunkelheit geschützter Ort von Kriminellen für diverse Straftaten und Übergriffe genutzt wird.

Erst vor wenigen Tagen wurde neuerlich ein Jugendlicher, der durch den Schloßberg-Durchgang ging, von einer ganzen Bande, die in einem Stollen lauerte, überfallen und dermaßen traktiert und misshandelt, dass dieser im Krankenhaus notversorgt und auch stationär aufgenommen werden musste.

Ich habe am 19.03.2009 den Herrn Bürgermeister in Form einer an ihn gerichteten Anfrage erstmals auf die Problematik im Schloßbergstollen-Durchgang aufmerksam gemacht und fragte ihn, wie er gedenket, den Missständen und die Verschmutzungen zu beseitigen. Die Antwort blieb er bis zum heutigen Tag leider aus.

Mittlerweile wurden Menschen in diesem Stollen verletzt und beraubt. Die sich immer weiter zuspitzende und eskalierende Situation erlaubt also nicht mehr, noch ein weiteres Jahr ebenso tatenlos und ergebnislos zuzusehen.

In diesem Zusammenhang stelle ich folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

Der Sicherheitsbeauftragte der Stadt Graz, Mag. Wolfgang Hübel, wird aufgefordert, unter Zuziehung von Vertretern und Experten der Grazer Polizei und der Grazer Ordnungswoche ein Sicherheitskonzept für den Schloßbergstollen zu erarbeiten und dem Gemeinderat über das Ergebnis bis längstens Juni 2010 zu berichten. Darüber hinaus ist nach Prüfung des Bedarfs dieses Sicherheitskonzepts auf das ganze Schloßbergareal zu erweitern. Danke.

GR. **Schneider** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Wir stimmen dem zu, dass was getan werden muss, wenn da eine Unsicherheitssituation entsteht, also könnten wir dem Antrag weitgehend zustimmen. Der letzte Satz, dass bei Bedarf ausgeweitet werden kann ein Sicherheitskonzept auf irgendwas, der ist aus der Hüfte

geschossen und äußerst salopp formuliert. Also ich finde schon, dass man sich das anschauen kann und dass man mit der schwierigen Sicherheitsfrage nicht derart leichtfertig umgeht. Es ist zum Glück, und davon spricht der Antrag ja auch nicht, am Schloßberg momentan keine Unsicherheitssituation. Ich bitte auch davon abzusehen, dass der Schloßberg hier auf diese Weise so wie andere Gegenden der Stadt in den Dreck gezogen wird durch eine abgehobene Sicherheitsdiskussion, die hier auf politischer Ebene durchgeführt wird. Insofern können wir dem Antrag nicht zustimmen, wir haben zum Glück mit dem Herrn Mag. Hübel einen Sicherheitskoordinator jetzt in der Stadt, der sich selbstverständlich und auch ohne Zuruf solche Dinge anschauen wird, in Zukunft mit der Polizei zusammenarbeiten wird, auch im Netzwerk Sicherheit berichten wird über solche Dinge, die werden also gelöst werden und insofern, wir können dem nicht zustimmen und haben trotzdem nicht die großen Sorgen, dass die Sicherheitssituation in Graz derart schlecht ist. Danke sehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Herper**: Frau Vizebürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Alles was zur Erhöhung der Sicherheit beiträgt, ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu begrüßen. Es ist wirklich schade, wenn GrazerInnen und wenn TouristInnen diesen Stollen meiden würden, weil sie sich hier nicht sicher fühlen. Ich glaube, es spricht nichts dagegen, wenn wir ein solches Sicherheitskonzept unterstützen und auch die Forderungen bekräftigen, die hier angesprochen werden im Motivenbericht. In dem Sinne stimmen wir zu der Dringlichkeit und dem Inhalt. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Korschelt**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen im Gemeinderat! Es wird Sie nicht verwundern, dass wir den Ausführungen des Unsicherheitssprechers der Grünen, des Kollegen Schneider, nicht zustimmen werden, weil Kollege Schneider betätigt sich ja meistens als Hofrat, als Beschwichtigungshofrat in Sachen Sicherheit. Wieso Sie sich eigentlich mit der Frage der Sicherheit beschäftigen in Graz, wundert mich eh immer, aber das ist halt

Aufgabe Ihres Klubs. Wir sind uns natürlich dieser Problematik bewusst, es wurde ja schon öfter über den Schloßberg beziehungsweise auch über den Schloßbergstollen gesprochen und ich finde, der Vorschlag ist gut. Ich würde mich da dem Karl-Heinz anschließen, dass jede Möglichkeit, die sich bietet, die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen, die sollten wir ergreifen, um so mehr es sich ja da um keine riesengroße Kostenbelastung handelt, sondern dass einmal ein Konzept erstellt wird, also deswegen werden wir dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen. Ich möchte nur grundsätzlich einmal etwas sagen, das der Kollege Schröck auch aufgeworfen hat, die Beantwortung von Fragen, die hier von Gemeinderäten gestellt werden, mich überrascht es hie und da wirklich, wenn ich auf einmal so eineinhalb Jahre später kriege ich wieder eine Antwort, wo ich sie schon selbst vergessen habe, dass ich da eine Anfrage gestellt habe. In dem Fall ist es auch der Kollege Schröck kann jetzt bald das Ein-Jahres-Jubiläum feiern und so sollte man, der Herr Bürgermeister ist leider wieder einmal nicht anwesend, aber sollte man schon dem Herrn Bürgermeister wieder einmal ins Stammbuch schreiben, dass man nicht unbedingt so mit gewählten Gemeinderäten umgehen sollte, weil es gibt hier Fristen und diese Fristen sind auch einzuhalten und es wäre einfach schon der Wunsch dann, wenn man eine Frage stellt, dass man eine Antwort kriegt beziehungsweise, wenn es gerade um solche Themen geht, wenn ich mir heute anschau zu diesem Thema Sauna, ist ja heute fast zwei Stunden diskutiert worden und es wurden ja da Ausdrücke, wie es werden Werte zerstört usw. gebracht, was mich wirklich nur geschüttelt hat, aber ist halt so, während bei Sicherheitsthemen, wo wirklich Werte zerstört werden, da geht man locker drüber hinweg und findet es nicht der Mühe wert, dem gewählten Gemeinderat mit einer Jahres-Frist Antwort zu geben, also Kollegin Altersvorsitzende, ich komme zum Sachthema. Ich darf noch einmal feststellen, wir werden dem Inhalt und der Dringlichkeit zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Danke, Frau Stadträtin, dass Sie eine weitere Verzögerung verhindert haben. Wir sind stolz auf unseren Schloßberg, der ist seit 1999 Teil unseres Altstadtweltkulturerbes. Als Menschenrechtsstadt der UNO dürfen und müssen wir auch immer wieder daran denken, dass die 6,3 Kilometer lange

Stollenanlage im Zweiten Weltkrieg von Zwangsarbeitern errichtet wurde. Wir bekennen uns zu unserer Geschichte, beurteilen sie auch richtig heute, wir sind aber froh, dass wir heute im Wesentlichen auch ohne jede Unsicherheit durch den Stollen gehen können und auch auf den Spazierwegen des Schloßbergs, die uns Ludwig Freiherr von Welden, der Ritter von Franck ist heute schon genannt worden, die beiden sind sozusagen die Architekten auch unserer grünen Wohlfühlstadt im Zentrum. Trotzdem bekennen wir uns dazu selbstverständlich, das ist unsere Verantwortung zur Sicherheit. Es ist keineswegs so, ich wiederhole, dass sich die Leute unsicher fühlen sollten, aber wir haben genau zu diesem Zweck der Koordinierung aller Anregungen und auch für subjektive Sicherheit den Herrn Mag. Wolfgang Hübel jetzt im Magistrat, der auch die Schnittstelle zwischen der Polizei und den Sicherheitsbereichen der Stadt bildet, jetzt installiert und es ist auch der richtige Zeitpunkt, dass er sich das jetzt genau anschaut, auch die Absprachen führt und daher stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Schröck**: Ich bedanke mich vielmals für die breite Zustimmung. Verstehe die Einwände der Grünen, wie schon vorher besprochen, eher bedingt. Denn ich finde es etwas zynisch, jetzt dann von einer abgehobenen Sicherheitsdiskussion in diesem Zusammenhang zu sprechen. Als abgehobene Sicherheitsdiskussion würde ich Übergriffe an Menschen am und um den Schloßberg keinesfalls bezeichnen, es ist wohl eher ein natürlicher Reflex der Grünen, wenn es um Sicherheitsthemen geht, die von einer Partei, wie das BZÖ angesprochen werden. Ich denke, dass das eher parteipolitisch motiviert ist, wenn sie heute hier ablehnen und...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. **Schröck**: Kurt, das würde ich dir später in einem Privatissimum erklären. Danke, wie gesagt, noch einmal für die breite Zustimmung und werde dem Gemeinderat Schneider, dessen Namen ich jetzt fast ganz verständlicherweise vergessen hätte, natürlich die Beweise gerne bringen, er soll einfach mit mir mitgehen und dem jungen Mann, der im Krankenhaus liegt und misshandelt wurde von einer Bande im Schloßbergstollen, erklären, dass das Ganze eine abgehobene Diskussion ist. Danke (*Applaus BZÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

9) Aktionsplan gegen die Kriminalität in Graz und zur Kapazitätserweiterung bei Therapieplätzen zum Drogenentzug

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Zeitpunkt für diesen Antrag wieder zum Drogenthema könnte gar nicht besser sein. Wenn wir uns anschauen, wie sich die Situation im Land und insbesondere in Graz entwickelt und wir in Augenschein nehmen müssen, dass anscheinend auf Grund der wirtschaftlichen Krise, aufgrund der wirtschaftlichen Situation sich die Lebensbedingungen der Menschen in der Stadt nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch durch die daraushingehende Verarmung auch im Sozialbereich und damit auch in der Drogensituation niederschlägt. Wir stehen vor einem immer schwungvolleren Handel und wenn wir heute andere Themen betrachtet haben, so muss man klar erkennen, dass wir nicht nur ein latentes Drogenproblem in Graz haben, sondern ein ganz reales, ein ganz manifestes und wenn man hört, dass die Drogenbeauftragten der Stadt Graz oder die, die in diesem Bereich tätig sind, diese ernste Situation vielleicht noch nicht ganz erkennen. Die Polizei, die vielleicht am Ort des Geschehens etwas näher dran ist, hat dies erst kürzlich ganz klar zum Ausdruck gebracht, indem sie eine Zahl, eine horrenden Zahl

im ersten Blick ins Treffen geführt hat, indem sie von alleine 6000 Drogenabhängigen in Graz gesprochen hat. Man muss sich diese Zahl einmal auf der Zunge zergehen lassen, und wenn man allein die Drogentoten herannimmt in der Steiermark mit 12 Toten, wo viele sich auf Graz beziehen, so muss man auch lesen, wenn man im Drogenbericht des Bundes nachschaut aus dem letzten Jahr 2009, dass dort ganz klar thematisiert wird und auch kritisiert wird, dass sehr viele Drogentote wahrscheinlich gar nicht mehr erkannt werden, weil keine entsprechenden Obduktionen der Anzahl nach durchgeführt werden. Dort ist wirklich dieses Maß an Verschleierung, das Maß an Vernebelung der gesamten Dramatik, die sich bei uns in der Gesellschaft Tag für Tag abspielt, herauszulesen. Und die Drogentoten sind es wahrlich nicht alleine für mich, die mir unter den Nägeln brennen, die mir im Herzen wehtun, sondern es sind die hunderten, die tausenden Jugendlichen zumeist, aber auch mittleren Alters, die tagtäglich eigentlich in ihren Sumpf, in ihrer Drogenabhängigkeit hängen und die nicht herausfinden und die wahrlich unsere Hilfe brauchen. Ursache sind natürlich auch die Lebensbedingungen, die kriminellen Banden, die diese Drogensituation zu ihrem wirtschaftlichen Vorteil ausnützen, die mit der Gesundheit unserer Bevölkerung spielen, Menschen, denen die Kunden eigentlich nur Ware sind, die sie ausnutzen, ausquetschen, bis sie einfach nicht mehr können, bis sie irgendwo in der Ecke hängen, sich niederspritzen und womöglich sterben. Dem Drogenwahnsinn in Graz ist der Kampf anzusagen mit einem Aktionsplan, den wir seitens des BZÖ vorstellen und noch einmal ergänzt, erweitert ins Treffen führen. Wir fordern die Einrichtung von Schutzzonen in ganz sensiblen Bereichen, wir denken hier an Schulen, nicht nur an Schulen, sondern auch in Speziellen Nahverkehrsdrehscheiben, die es auch gibt, wir denken an ganz sensible Bereiche in unserer Stadt, wo der Gesetzgeber bereits im Jahre 2006 mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP, FPÖ und BZÖ die Möglichkeiten geschaffen hat, diese Schutzzonen einzurichten. Die zweite Sache ist, dass wir auch weiterhin das Substitol verbieten möchten, das auch als Einstiegsdroge weiterhin ein horrendes Geschäft hat. Der dritte Platz ist uns auch ganz wichtig, dass wir im Bereich der Therapiehandlungen des Drogenentzuges eine noch stärkere Erweiterung der Drogenentzugsplätze im Walkabout in Kainbach bei Graz erreichen. Hier ist wirklich das Land aufgerufen, entsprechend zu handeln und der vierte Punkt, wir fordern weiteres, die seinerzeit sehr erfolgreich tätige SOKO-Drogen in Graz wieder einzurichten und sie zumindest mit 30 bis 40 Beamte auszustatten und hier wirklich

Schwerpunktaktionen gegen die Drogenkriminalität zu setzen, um den Drogendealern wirklich die wirtschaftliche Existenz zu entziehen, weil nur dann ziehen sie aus Graz weg und das ist unser Ziel, unser langfristiges Konzept für ein drogenfreies Graz.

In diesem Zusammenhang stellen wir vom BZÖ daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen:

1. Der Bürgermeister der Stadt Graz sowie die weiteren Mitglieder des Stadtsenats werden ersucht, einen entsprechenden Vorschlag zur Errichtung von Schutzzonen gegen die Drogenkriminalität auszuarbeiten und diesen Vorschlag dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.
Nach Beschlussfassung durch den Gemeinderat tritt die Stadt Graz an die Sicherheitsbehörden mit dem Ersuchen heran, entsprechend dem Vorschlag der Stadt Graz geeignete Schutzzonen auf Grazer Stadtgebiet zu verordnen. Von dieser Schutzzonenverordnung sollen in erster Linie die öffentlichen Plätze der Stadt Graz, Grazer Schulen, Kindergärten, Kindertagesheime und Parkanlagen umfasst sein.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Wege einer Petition den Bundesminister für Gesundheit, Familie und Jugend, Herrn Alois Stöger, auf, ein Verbot der Ersatzdroge Substitol so rasch als möglich zu veranlassen.
3. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert im Wege einer Petition die steirische Landesrätin für Gesundheit, Dr.ⁱⁿ Bettina Vollath, auf, die Kapazitäten an stationären Betten zur Durchführung einer „qualifizierten Entzugsbehandlung“ auf Basis des „regionalen Strukturplan Gesundheit Steiermark – Teilbereich Psychiatrie“ um weitere vier Betten zu erhöhen und die damit verbundenen Maßnahmen so rasch als möglich zu veranlassen.

4. Der Bürgermeister der Stadt Graz wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesministerin für Inneres für die Einrichtung einer SOKO-Drogen im Stadtpolizeikommando Graz mit zumindest 30 zusätzlichen Beamtinnen und Beamten einzutreten.“

Ich bitte daher, diesem Antrag zuzustimmen. Dankesehr.

GR. Mag. **Korschelt** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, lieber Kollege Mariacher! Herzlichen Dank, dass du diesen Antrag eingebracht hast. Es ist wieder einmal ein Kampf gegen die Windmühlen, dafür herzlichen Dank, das andere muss ich schon sagen, es ist beschämend, wie hier im Gemeinderat agiert wird. Ich komme wieder auf das Thema zu sprechen, während bei der Sauna ein Riesenrapatz hier gemacht wird, ist bei diesem Thema ein Lärmpegel, scheinbar geht es nur um Menschen, geht es hier nur um Drogensüchtige, geht es um hunderte oder tausende Jugendliche, die wir unter anderem die Ehre haben hier am Hauptplatz zu sehen, aber das ist scheinbar wurscht. Wenn es um 21 Nackerte in der Sauna im Augarten geht, dann ist die Erregung sehr groß, vielleicht verständlich, vielleicht erregt es irgendjemanden, an Nackerte in der Sauna zu denken, nur ich schäme mich dafür, muss ganz ehrlich sagen, Gott sei Dank ist ja fast bis auf die Kameraden von der Freiwilligen Feuerwehr und zwei Zuseher oder drei Zuseher ist Gott sei Dank niemand da, aber sonst, glaube ich, könnten wir uns alle bei der Nase nehmen, werte Kollegen, und auch werte Kollegen im Stadtsenat, also wenn ich zuschauen, wie die Frau Vizebürgermeisterin mit dem Herrn Stadtrat da scherzt und lacht usw., dann muss ich schon sagen, da frage ich mich eigentlich, wo bin ich hier? Weil es geht hier um Menschenleben, hier geht es um hunderte...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich unverständlich.

GR. Mag. **Korschelt**: Kollege Frölich, sind Sie nur ganz ruhig, Kollege Frölich, sind Sie wieder einmal aufgewacht? Nach sechs Stunden wachen Sie wieder einmal auf (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Aber da muss ich mich ehrlich gesagt schämen dafür, weil hier geht es, und das kann mir niemand nehmen, weil seitdem ich herinnen bin, und das ist immerhin seit sieben Jahre, bemühe ich mich auch mit vielen anderen Kollegen, Kollege Eichberger und wie sie alle heißen, bemühen wir uns, Sicherheit in diese Stadt zu kriegen und bemühen wir uns auch zu schauen, ich weiß schon, dass es natürlich eine Drogenkriminalität in so einer großen Stadt wird es immer geben, das ist mir ganz klar, aber wir bemühen uns, haben uns immer wieder bemüht und sehr viele haben sich bemüht, diese möglichst gering zu halten. Mag das das im Eigeninteresse sein oder was auch immer dann, aber wir haben uns bemüht und da muss ich schon sagen, da wundert es mich schon sehr, wenn hier eine Mordsgaudi herrscht bei so einem substanziellen, sehr wichtigen Thema, dafür herzlichen Dank dem BZÖ, ich weiß, jetzt werden alle aufschreiben, der Korschelt ist für das BZÖ, indem Fall hat das mit dem BZÖ...

Zwischenruf GR. Grosz: Die Türen stehen für dich immer offen.

GR. Mag. **Korschelt**: Danke vielmals, sehr nett, aber mir geht es hier um den Inhalt, dafür herzlich dankeschön. Es ist schwierig, der Antrag ist ein bisschen schwierig, weil natürlich versucht wird, mit einem alles sozusagen wieder in alles einzupacken, wäre vielleicht beim nächsten Mal besser, wenn man es ein bisschen gliedern würde, aber im Großen und Ganzen finde ich es sehr verdienstvoll und wir werden sowohl dem Inhalt als auch der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen. Danke (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 20.15 Uhr den Vorsitz.

GR. **Herper:** Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Gerhard Mariacher! Das ist ein sehr ernstes Thema, es ist durchaus begrüßenswert, dass du es nicht zum ersten, sondern schon zum wiederholten Male aufgreifst, das ist ja zum Teil von dir schon, nicht zum ersten Mal, schon mehrmals eingebracht worden. Ich glaube, einige dieser Punkte in deinem Antrag sind ja nicht abwegig, ist gar keine Frage, sondern ganz im Gegenteil. Es ist übrigens begrüßenswert, gäbe es mehr Polizei im Streifendienst, gar keine Frage, dies mit der Fragen der SOKO zu vermengen, ist mir zu einfach, weil das deutet eher auf TV-Konsum hin als auf Wirklichkeit in der Exekutive. Was wir brauchen, ist einfach mehr Exekutive, gar keine Frage. Was wir auch brauchen, ist mehr Therapieplätze für den Entzug, auch das ist eine ganz wichtige Frage, die von dir angesprochen worden ist, aber gegen Schutzzonen spricht sich die Exekutive und die Vertreter der Exekutive seit Jahr und Tag aus, denn sie wären kontraproduktiv und auch die Experten, die Drogenexpertinnen und -experten sagen, das Verbot von Substitol sei nicht sinnvoll und nicht sinnhaft. Wenn es dir gelänge, im Sinne von Blue Harry das nächste Mal einen gegliederten oder einen übersichtlichen dringlichen Antrag einzubringen, dann kann man sich überlegen, im Detail zuzustimmen oder abzulehnen. So ist wieder alles miteinander vermengt und zusammengeführt, deswegen können wir leider der Dringlichkeit und dem Inhalt nicht die Zustimmung geben. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Baumann:** Zu vielen Dingen haben wir schon öfter da heraußen Stellung bezogen. Leider, Mariacher, warst nicht bei der Veranstaltung, wo ich dich eingeladen habe zum Standard in der Drogenarbeit. Wir haben einen ganzen Tag lang über genau auch solche Sachen gesprochen. Ich möchte nur auf das Substitolverbot ein wenig eingehen. Was steckt denn hinter deiner fast triebhaften Art, das Substitol zu verbieten? Welche Wirkung hat dieses Substitol für dich, dass du das so oder eure Partei so bekämpfen müsst? Ist es die Firma, die euch nicht liegt oder ist es der Stoff, die Wirkung oder ist es ein vielleicht sogar eine Unterstützung eines anderen Unternehmers, die da im Vordergrund steht? Durch das Schlechtmachen des Substitols hier in Graz hat die Abnahme der Substitolverschreibung für Klienten/Klientinnen, die ein Ersatzmittel brauchen, abgenommen. Vielleicht sind die Zahlen interessant für den einen oder anderen.

Derzeit werden in Graz 37 % Substitol als Ersatzmittel verschrieben, 26 % Compersan, noch vor zwei Jahren war das unter 10 %. Interessant, wie sich das verändert, als wäre das Mittel des Compersan ein besseres. Das berühmte Methadon wird weiterhin 25 % verschrieben, das Supertex, ein neues Mittel 11 %, mit dem Suboxone, einem weiteren Mittel, insgesamt 11 % alte Mittel, vielleicht weißt du das auch, Mundidol und Gendal zu einem Prozent. Meine Frage ist, was steckt hinter dieser für mich fantastischen Jagd auf dieses Substitol, ich bin weder ein Freund des Substitols noch eines anderen Suchtmittels...

Zwischenruf GR. Grosz: Da bin ich mir nicht so sicher.

GR. **Baumann:** Was heißt das?

Zwischenruf GR. Grosz: Dass ich mir nicht sicher bin.

GR. **Baumann:** Wenn Sie sich nicht sicher sind, Herr Grosz, dann kommen Sie da heraus und sagen Sie das, woran Sie das merken oder wie auch immer, Sie als medizinische Fachkraft...

Zwischenruf GR. Grosz unverständlich.

GR. **Baumann:** Mein Ansprechpartner in der Sache bleibt weiterhin der Mariacher, sage mir, warum du das Substitol verbieten möchtest. Danke (*Applaus Grüne*).

GRin. Mag.^a **Ennemoser:** Also die Grazer Volkspartei hat immer ein Auge auf die Bekämpfung der Drogensucht von den Menschen in dieser Stadt und wird es auch weiterhin tun, sei es die Prävention, sei es die Repression und sei es auch der Opferschutz. Gerald, hörst jetzt bitte zu, ich spreche dich direkt an dann, ok? Wir haben jetzt wieder einen Antrag da, der vollkommen wieder zusammenkopiert worden ist von den letzten Malen, die sie eh schon des Öfteren gestellt haben, er derartig oberflächlich ist, dass man da nicht mitgehen können mit der Dringlichkeit. Punkt 1 haben wir immer abgelehnt und zwei und drei haben wir selbst gefordert und vier, Siegfried Nagl setzt sich ständig ein, dass mehr Polizei nach Graz kommt. Zu Punkt 2, Gerald, ich habe dich vorher gefragt, warum du immer weggehst, wieder kommst, weggehst und dann hast du gesagt, bitte bei dem Kasperltheater da herinnen brauchst du nicht anwesend sein. Offensichtlich, hast du gerade vorher gesagt, offensichtlich fühlst du dich eher wohl im Nationalrat in Wien, ja das hast du gerade vorher gesagt und da wärst du ja an der Quelle bitte, Gerald, oder, dass du Punkt 2 was machen könntest, also kann ich nur sagen, Gerald mach was (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Grosz:** Frau Gemeinderätin Ennemoser hat von diesem Pult hier aus behauptet, ich hätte ihr auf ihre Frage, warum ich hier im Gemeinderat nicht anwesend bin, gesagt, bei diesem Kasperltheater muss ich nicht anwesend sein. Ich berichtige daher tatsächlich erstens, das habe ich nicht gesagt, zweitens auf die Frage, warum ich heute nicht hier bin, habe ich gesagt, ich war die längste Zeit hier, aber offenbar bist du ständig hier vorne in der ersten Reihe und drittens auf deine Frage, warum du mich nicht siehst in der ersten Reihe, weil wahrscheinlich dein Sitznachbar Kollege Frölich soviel spricht und du daher beeinträchtigt bist und das vor Zeugen, und der Kollege Korschelt, Gemeinderat Schröck und alle, war dann Gelächter auf meinen

kurzen Witz. Und ich ersuche dich wirklich eindringlich, auch für deine politische Agitation hier vorne bei der Wahrheit zu bleiben (*Applaus BZÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant, weil anscheinend war der dringliche Antrag doch nicht so schlecht, weil er doch sehr wesentliche Punkte beinhaltet hat. Ich gehe einmal darauf ein. Exekutive, dass mehr Exekutive gebraucht wird, sieht auch die SPÖ, sage ich durchaus wertschätzend. Von den Grünen ist das überhaupt kein Thema, auch interessant, das interessiert die überhaupt nicht. Zweitens, mehr Therapieplätze wird auch seitens der SPÖ genannt, ÖVP spricht da ein bisschen Opferschutz, ich weiß nicht, ob das damit gemeint war, keine Ahnung, Grünen wiederum kein Thema, mehr Therapieplätze, anscheinend will man kein drogenfreies Graz, weil wie will man Drogenabhängige dem Drogenentzug zuführen oder von der Droge befreien, wenn man nicht die Therapieplätze hat?

Zwischenruf GR. Baumann: Beschäftige dich einmal mit dem Thema.

GR. Mag. **Mariacher**: Schutzzonen, ich verlange als Schutzzone jetzt einmal da, vielleicht können wir da einmal anfangen, dass man einmal die erste Schutzzone machen von der grünen Fraktion. Schutzzonen mag durchaus in einen Diskurs gehen mit dem Karl-Heinz Herper, ich sehe das auch nur als eine Ad-hoc Ausnahme, als eine kurzfristige Maßnahme, aber da kann man durchaus längerfristig darüber reden, wo und wann es gegebenenfalls Sinn macht. Ganz so blöd scheint die Idee nicht zu sein, weil sonst hätte es im Nationalrat bei 183 Abgeordneten keine Mehrheit gefunden, dass man überhaupt diese gesetzliche Möglichkeit schafft. Substitol ist natürlich ein Begriff, weil sogar der Kollege Baumann festgestellt hat, dass Substitol einmal der Marktführer sozusagen auf diesem Markt ist, und wir seitens des BZÖ treten einfach dafür ein, dass man Drogenabhängige befreit von ihrer Droge und

nicht, dass man sie einer jahrzehntelanger Versklavung der Pharmaindustrie zuführt. Wurscht welches Präparat, Substitol ist ein Begriff und ein Präparat, das wir dafür ins Treffen führen. Weiters muss ich sagen, Kollegin Ennemoser, deine Aussage, mich wundert nicht, dass die ÖVP auf der Landespolitik in Gesundheitspolitik so schlecht beieinander ist, ich hoffe, ihr legt noch ordentlich zu für die Landtagswahl, sonst schaut es in diesem Bereich sehr schlecht aus. Danke (*Applaus BZÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.